

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 7. Januar 1909.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Agrarier und die Nachlasssteuer.

Der Kampf der Agrarier gegen die Nachlasssteuer scheint Erfolg zu haben. Im Reichshofamt wird, wie konservative Blätter behaupten, ernstlich erwogen, ob nicht die Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf Kinder und Ehegatten aus dem Sydow'schen Nachlasssteuerplan entfernt und dafür das mobile Großkapital durch eine Coupon-, Dividenden- oder Bankumsatzsteuer kräftiger zur Deckung des Reichsdefizits herangezogen werden könnte. Herr Sydow hat allerdings, als er vor drei Monaten seine Steuerprojekte in der „Deutschen Rundschau“ schilderte, erklärt:

„Ich für meine Person bin fest davon überzeugt, daß eine Finanzreform lediglich auf Verbrauchszugaben hin ein Ding der Unmöglichkeit ist, und daß die Hinzufügung der allgemeinen Nachlasssteuer eine *conditio sine qua non* für das Zustandekommen der Reichsfinanzreform bildet.“

Und als trotzdem am 12. Oktober die „Kreuzzeitung“ und die „Deutsche Tageszeitung“ andeuteten, daß es dem Reichshofamt weniger auf die Nachlasssteuer selbst, als auf eine „ausgiebige Besteuerung mittlerer und größerer Vermögen“ ankomme, da erwiderte mit der ihr eigenen Prinzipienfestigkeit die „Nordd. Allgem. Zeitung“:

„Es liegt nicht der mindeste Grund zu der Annahme vor, daß irgend welche Veränderung dieses Standpunktes bei den Bundesregierungen eingetreten oder zu erwarten ist...“

Somit steht für die Heranziehung des Besizes neben einer vielleicht möglichen Erhöhung der Matricularbeiträge bei der Neuregelung der Reichsfinanzen eine andere Form als die allgemeine Nachlasssteuer nicht zur Verfügung. Der Gedanke, sie ganz oder teilweise durch eine Vermögenssteuer zu ersetzen, hat keine Aussicht auf Erfolg.“

Seitdem hat auf Anzuspörungen der Agrarkonservativen das Kanzlerblatt verschiedentlich in ähnlicher Form erklärt, daß die Regierung an ihren im Nachlasssteuerentwurf aufgestellten Forderungen festhalte, da sie die den Wohlhabenden durch die Nachlasssteuer auferlegte Abgabe gewissermaßen als einen Ausgleich der den sogenannten Volkschichten durch die geplanten Bran- und Tabaksteuererhöhungen sowie durch das Branntweinhandelsmonopol aufgebürdeten Lasten betrachte.

Doch wenn es in Preußen-Deutschland, wie die Geschichte des Mittelstandsanalprojektes beweist, schon recht einsältig ist, sich auf Königsworte zu verlassen, so haben Kanzler- und Ministerworte noch einen viel problematischeren Wert. Und nun gar erst die Versicherungen eines Blattes von der Qualität der „Nordd. Allgem. Zig.“, dessen Dementis so oft durch die späteren Ereignisse Lügen gestraft worden sind, daß nur noch politische Kinder seinen Erklärungen und Berichtigungen Bedeutung beimessen. Bisher haben die Herren Agrarier, wenn für sie eine einigermaßen wichtige Frage auf dem Spiele stand, stets in ihrem geschäftsführenden Interessenausschuß, den man Ministerium nennt, ihren Willen durchgesetzt, und die Wortverpändung Sydow's, des Mannes, der ohne eigenes Refert, lediglich als Bülow'scher Bureauchef fungiert, wird sie schwerlich daran hindern, auch diesmal ihrem Willen Geltung zu verschaffen, zumal die Mehrheit des Zentrums und ein Teil der Nationalliberalen die Nachlasssteuer ebenfalls bevorzugen.

Damit soll nicht gesagt sein, daß die Lasten, die den Herren Großgrundbesitzern durch die geplante Nachlasssteuer auferlegt werden, so beträchtliche sind, daß sie diese nicht bequem, ohne irgend welche Einschränkung ihrer bisherigen Lebenshaltung zu tragen vermöchten. Macht doch die Nachlasssteuer nur einen ganz geringfügigen Prozentsatz des Goldvermögens aus, der den Agrariern durch die Befreiung des letzten Jahrzehnts, besonders die Zollgesetzgebung, auf Kosten der ärmeren Volksklassen in den Schoß gefallen ist. Nimmt man die Nachlasssteuererhöhungen des letzten Jahres als Grundlage der Rechnung an, dann ergibt sich, daß der Wert der größeren Landgüter in Ostpreußen durch den Zolltarif vom 25. Dezember 1902 und die ihm folgenden Handelsvertragsabschlüsse um mindestens 15 bis 20 Prozent gestiegen ist. Die Nachlasssteuer beträgt dagegen für die Rittergüter nur 2-3 Prozent des Wertes, und diese Steuer soll nach dem Entwurf nicht vom wirklichen Verkaufswert der Güter, sondern von einem auf Grund des Reinertrages berechneten, weit unter dem Verkaufspreis stehenden fiktiven Ertragswert bezahlt werden, von dem außerdem noch verschiedene Abzüge gemacht werden dürfen.

Es ist also nur ein geringer Teil des der Volksmasse durch die Rölle abgezuckten und den „Notleidenden“ übermittelten Nationalgeldebeckens, den diese in Gestalt einer Nachlasssteuer auf dem Altar des „teuren Vaterlandes“ opfern sollen. Doch der vielgerühmte vaterländische Opfersinn der Junkerkaste vermag sich selbst zu diesen bescheidenen Leistungen nicht aufzuschwingen. Großmütig, wie die Edelsten der Nation sind, überlassen sie es den ärmeren Volkschichten, die Mittel aufzubringen, die sie generös für ihre Interessensinstitutionen, für Heer, Marine, Kolonien, Gehaltsaufbesserungen der hohen Bürokratie usw.

betwilligt haben. Wie sehr ihnen sonst die moderne Industrie verhaßt ist, in bezug auf die Steuerpolitik sind sie für streng durchgeführte Arbeitsteilung. Für sich beanspruchen sie nur das schwere vaterländische Opfer, der Regierung die von dieser geforderten Mittel zu bewilligen, die Pflicht, diese Mittel aufzubringen, überlassen sie gern dem „unmündigen“ und deshalb in Preußen größtenteils politisch entrechteten Volke.

Von vornherein auf die Interessen der Junkerkaste zugeschnitten, stellt das Sydow'sche Nachlasssteuerprojekt an die Großgrundbesitzer so bescheidene Steuerforderungen, daß sie im Vergleich zu den hohen Steuerföhen des englischen und französischen Erbschaftsteuergesetzes geradezu lächerlich erscheinen. Die Höhe der Steuer beträgt nämlich bei einem reinen Wert des Nachlasses von:

weniger als	20 000 M.	bis	20 000 M.	nichts
mehr als	20 000		40 000	0,5 Proz.
	30 000		40 000	0,6
	40 000		50 000	0,7
	50 000		60 000	0,8
	60 000		75 000	1
	75 000		100 000	1,2
	100 000		125 000	1,4
	125 000		150 000	1,7
	150 000		200 000	2
	200 000		300 000	2,3
	300 000		500 000	2,6
	500 000		750 000	2,8
	750 000		1 000 000	2,9
	1 000 000 M.			3

Der Steuersatz ist also weit niedriger als in England, wo er sich für die von ihren Eltern erbenden Kinder bei einem Vermögensobjekt von einer Million Mark bereits auf 5 Prozent, und bis beinahe 15 Prozent, steigt, oder in Frankreich, wo bei einem Erbschaftswert von einer Million Mark Kinder 3 Prozent, Ehegatten 7 Prozent, an Nachlasssteuer zu zahlen haben. Zudem ist aber die Regierung darauf bedacht gewesen, ihren Spezialsubventionen, den Agrariern, ebenso wie bei der Reichserbschaftsteuer eine Reihe Extra-Ermäßigungen und Vergünstigungen zu gewähren, so daß die Junker tatsächlich nur einen Teil der rechtmäßigen Steuer zu zahlen haben. Beim Eintritt eines Lebens- oder Fideikommissalles soll z. B. die Nachlasssteuer nicht unter Zugrundelegung des Wertes des Vermögens, sondern nach dem Werte der vom Besiznachfolger zu ziehenden Nutzungen berechnet werden. Aber auch bei der Vererbung eines nicht fideikommissarisch festgelegten Grundvermögens soll die Steuerberechnung nicht nach dem wirklichen Verkaufswert der vererbten Grundstücke erfolgen, sondern nach einem fiktiven Ertragswert, der dadurch gewonnen wird, daß der sogenannte Jahresreinertrag der Güter mit 20 multipliziert wird. Mit anderen Worten: die Erben, denen Landgüter zufallen, haben nicht die Steuer vom wirklichen Wert dieser Güter zu zahlen, sondern nur von einem Teile dieses Wertes; denn nirgends, wenigstens nicht in Preußen, erreicht der auf die angegebene Weise ermittelte Ertragswert den Verkaufswert. Die Reinertragsberechnung in Preußen ist eine so eigenartige, daß selbst große Landgüter, deren Besitzer sich eines behäbigen Wohlstandes erfreuen, als nur ganz geringe Reinerträge liefernd angesehen werden. So hat z. B. erst jüngst das preussische Statistische Landesamt herausgerechnet, daß selbst die mittelgroßen Bauern Preußens mit einem durchschnittlichen Grundbesitz von 14,7 Hektar (zirka 56 preussische Morgen) nur ein Nettoeinkommen von 1022 Mark, die Großbauern mit einem durchschnittlichen Grundbesitz von 37,1 Hektar nur ein Einkommen von 1905 Mark und die Rittergutsbesitzer mit einem durchschnittlichen Grundbesitz von 298,8 Hektar nur ein Durchschnittseinkommen von 9855 Mark haben. Damit aber selbst unter Zugrundelegung dieser preussischen Rechnungsmethode die unglücklichen Erben großer Rittergüter nicht doch vielleicht zu viel Steuern in die Reichskasse zahlen könnten, wird weiterhin festgesetzt, daß dann, wenn sich der Ertragswert höher stellen sollte als der vorher zum Zwecke der Berechnung von öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten oder Behörden ermittelte Schätzwert, nicht der Ertragswert, sondern der niedrigere Schätzwert für die Steuerberechnung in Betracht gezogen werden soll.

Von diesem derartig ermittelten fiktiven Ertragswert darf dann noch der Erde abziehen: den Wert des im Herrenhause vorhandenen Hausgerätes, der Wäsche, der Luxusgegenstände usw., ferner außer den auf dem Gute lastenden Schulden auch die weiteren Verpflichtungen des Erblassers, die Kosten der Bestattung des Erblassers, der Beichenseierlichkeiten, des Grabdenkmals usw., weiter die Kosten der Nachlassregelung, der Inventaraufnahme, der Werthschätzung und schließlich, wenn der neue Erbe vor dem Erbantritt wegen der Erbmasse prozessiert haben sollte, auch noch die Kosten des Rechtsstreites.

Von dem, was nach allen diesen Subtraktionen noch übrig bleibt, muß dann der bedauernswerte Erbe 1/2 bis 3 Prozent Nachlasssteuer bezahlen, jedoch nur wenn der Erblasser das Gut mindestens schon vor 10 Jahren geerbt hat. Ist dagegen das Gut vom Erblasser erst im Laufe der letzten fünf Jahre ererbt und damals von ihm bereits schon einmal eine Nachlasssteuer entrichtet worden, dann zahlt der neue Erbe keinen Pfennig, auch wenn sein Erbe Millionen wert ist; und selbst dann, wenn der frühere Steuerfall 5 bis 10 Jahre zurückliegt, darf die Steuer nur zur

Hälfte erhoben werden. Doch damit noch nicht genug; auch dann, wenn ein Nachlaß an einen gemeinschaftlichen Abkömmling aus der Ehe mit dem vorverstorbenen Ehegatten des Erblassers fällt, wird auf die Nachlasssteuer derjenige Betrag in Anrechnung gebracht, der vorher von dem Erblasser beim Tode seines Ehegatten für das ihm zugefallene Erbe an Steuer entrichtet worden ist, und zwar selbst dann, wenn solcher Erbfall Jahrzehnte zurückliegt.

Nur ausnahmsweise hat also nach dem Regierungsentwurf der Erbe die volle Nachlasssteuer zu entrichten. Selbst in diesem Fall ist aber keineswegs der neue Besitzer des Gutes zur sofortigen Zahlung der Steuer summe verpflichtet. Er kann sie sich bis zu 10 Jahren, ohne dafür Zinsen zahlen zu müssen, stunden lassen, sie in Raten zahlen oder sie auch unter Berechnung einer vierprozentigen Verzinsung als amortisationspflichtige Grundschuld auf sein Gut eintragen lassen.

Nehmen wir ein Beispiel: Ein Sohn erbt von seinem Vater ein prächtiges Rittergut mit Inventar im Kaufwerte von 1 1/2 Millionen Mark; der nach dem Reinertrage berechnete fiktive Ertragswert oder der von einer ritterschaftlichen Kreditanstalt oder Hypothekbank zum Zweck der Beleihung abgeschätzte Nominalwert stellt sich jedoch nur auf 1 Million Mark. Belastet ist dieses Gut mit 750 000 M. Dann beträgt der versteuerbare Nachlaß nur 250 000 M., doch gehen von dieser Summe noch ab: der Wert des Hausgerätes, die Kosten der „angemessenen Bestattung“ des Erblassers nebst Grabkapelle usw., der Inventaraufnahme, Erbschaftsregelung usw., ferner verschiedene persönliche Schulden des Verstorbenen, auszuzahlende Verpflichtungen usw., insgesamt, wie wir annehmen wollen, ca. 50 000 M. Das versteuerbare Vermögensobjekt beträgt also 200 000 M., und der Steuerbetrag 4000 M. Aber diesen Betrag hat der neue Erbe keineswegs unter allen Umständen zu entrichten. Hat z. B. sein Vater das Gut erst vor neun Jahren geerbt, dann dürfen nur 2000 M. Erbschaftsteuer erhoben werden; hat ferner sein Vater vor fünf, sechs, acht Jahren seine Frau verloren, diese beerbt und damals für sein Erbe Nachlasssteuer bezahlt, vielleicht 500 M., dann darf der neue Erbe auch noch diese Summe abziehen. Er hätte also nur 1500 M. an Nachlasssteuer zu entrichten.

Doch nehmen wir das ungünstigste Verhältnis an: der neue Besitzer sollte 4000 M. zahlen. Dann steht ihm frei, diesen Betrag sofort aus der Erbschaftssumme bar auszuführen; er kann sich jedoch auch den Betrag 10 Jahre stunden lassen und ihn in jährlichen Raten zu 400 M. bezahlen; oder er kann auch, wenn es ihm vorteilhafter erscheint, eine Hypothek aufnehmen, den Steuerbetrag sofort abwerfen und jährlich dafür 160 oder 180 M. Zinsen zahlen.

Und durch solche Ausgaben von 400 oder 160 M. jährlich wird der neue Besitzer des 1 1/2 Millionen Mark Rittergutes in den Ruin getrieben und die deutsche Landwirtschaft ruhmlos zur Vernichtung verurteilt? Eine abnorme Behauptung hat sich die agrarische Presse nie geleistet, obgleich sie sich auf dem Gebiete verlogener Rabulistik und unfeindlicher Komik schon bisher recht ansehnliche Erfolge aufzuweisen hatte. Wenn der nach Ansicht der agrarischen Wortführer so tief bedauernswerten Erben großer Rittergüter nicht ihr Kennwort, ihre Maitressen oder die Vorliebe für das Zerrührer, die Ausgabe der 160 oder 300 M. jährlich wird sie gewiß nicht zum Ruin treiben. Sie können diese Ausgabe leicht wieder einbringen, wenn sie einen Teil ihrer Jagd verpachten, die eingelassenen Jagdgesellschaften weniger splendid bewirten, einmal weniger zu den wüstenlichen Hoffestlichkeiten der nächsten Residenzstadt fahren oder sich ein Luxuspferd weniger halten. Jedenfalls beträgt die ratenweise Abtragung der Nachlasssteuer nur einen geringen Teil der Reinerträge, die die Großagrarier infolge der letzten Zollgesetzgebung heute aus den von ihnen zum Verkauf gebrachten landwirtschaftlichen Produkten lösen.

Ein Lyriker der Menschenichlächerei.

Die Kronenbeinsche „Post“ hat, während sie sonst gewöhnlich im Interesse ihrer großindustriellen Gönner aus der Stahlindustrie die Kriegspause bläst, diesmal in der Weihnachts- und Silvesterstimmung mit exquisitem dithyrambischen Schwung den Segen der Friedenspolitik gefeiert. Das scheint in gewissen freikonserватiven Kreisen verstimmt zu haben, und Graf Otto Rolke, preussischer Landtagsabgeordneter, Probst des adeligen Klosters in Uetersen und Oberstleutnant a. D., glaubte die Gelegenheit nicht ungenutzt verstreichen lassen zu sollen, um sich bei den krieglustigen Elementen der Armee in empfehlende Erinnerung zu bringen. Er schrie also an die „Post“ einen langen politischen Brief, eine Paraphrase der bekannten Anekdote des Feldmarschalls Moltke: „Der ewige Friede ist nur ein Traum — und nicht einmal ein schöner!“ im lyrischen Gardegrenadierstil — und die „Post“ deutete pflichtschuldigst diese schreiheilerische Leistung ihres Parteigenossen ab.

Wir haben bisher von diesem schönen Erguß einer latenten Lustigen, über die Beaufichtigung eines adligen Frauenhofs hinausstrebenden Seele keine Notiz genommen. Weder die politische Bedeutung der „Post“, noch die des gräßlichen Klosterprobstes aus Uetersen rechtfertigte die Beschäftigung mit der eigenartigen Kriegsphilosophie, die letzterer sich leistet. Aber neuerdings ge-

Die Interfions-Gebühr
beträgt für die sechsgeheften Kolonien-
teile oder deren Raum 50 Pfg. für
politische und gesellschaftliche Vereins-
und Bekannlichungs-Anzeigen 20 Pfg.
„Kleine Anzeigen“, das erste (setz-
gedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere
Wort 10 Pfg. Stellengedichte und Schloß-
Anzeigen das erste Wort 10 Pfg.,
jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über
15 Buchstaben zahlen für zwei Worte.
Inserate für die nächste Nummer müssen
bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden. Die Expedition ist
bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Wird die Sache dadurch ein anderes Gesicht, daß verschiedene konservativ-blätter, darunter auch die „Kreuzzeitung“, die Apologie des Herrn Grafen Otto von Moltke abdrucken, und zwar ohne Kommentar. Sie sind also im wesentlichen mit den Ausführungen des kriegslustigen Klosterpropstes in Uetersen einverstanden. Herr Graf von Moltke schreibt:

„Ein künstlich und — man könnte versucht sein, zu sagen — gewaltig aufrechterhaltener Friede ist nur ein verdeckter Krieg und immer eine mißliche Sache. Schon deshalb, weil er erschlaffend auf Verden und Konstitution des Volkes wirkt, selbst eines sonst gesunden. Ich möchte mich sehr täuschen, wenn wir die nun ein Menschenalter dauernde Friedensära, wenn wir ihren phänomenalen wirtschaftlichen Aufschwung, wenn wir unsere materielle Verstärkung und die gewaltige Expansion auf fast allen Gebieten nicht bezahlt hätten mit einer gewissen inneren Erschlaffung und Selbstberäubung. Der Zustand der Verdauung hat lange genug angehalten, um auf der anderen Seite eine gewisse verdrießlich-apatthische Stimmung, namentlich in politischen Dingen, zu erzeugen, die nur gelegentlich eruptiven Ausbrüchen Platz macht. Die ernste, stetige, geräuschlose, pflichttreue Arbeit ist gewiß nicht verschunden, aber sie tritt oft, zu oft hinter dem lärmenden, prunkhaften Bombast des Tages zurück und wird nicht überall mehr noch Verdienst gewertet. Der altpreussische Sinn — an sich unverändert — hat sich in die Stille und hinter den Vorhang der Weltgeschichte zurückgezogen: er kann dereinst wieder hervortreten, wenn man etwas weniger von Weltpolitik und Weltwirtschaft reden und träumen wird, dafür sich etwas mehr auf das besinnt, was uns wirklich groß gemacht hat und was uns jetzt oft fehlt: Einfachheit der Linie und Entschlossenheit des Willens zur Tat. Mit einem Wort: Der lange Friede mit seinem goldenen Fepfer und seinem schimmernden, glühhaften Purpurgewand — ist er wirklich eine Oymne wert, oder hat er uns innerlich merklich versimpelt? ... Wir Deutschen, speziell wir Preußen, haben uns groß gekämpft und groß gebungert; wir haben wenig oder gar kein Talent, das Leben nur zu genießen, und unser Bestes ist immer unser Schwertschlag und unsere Arbeit gewesen. Jedemal, wenn wir auf Säurehäuten lagen, Kettranken und einschlummernden, folgte ein grausames Erwachen. Besser: Die Wehr zur Hand, in der anderen den Pflug oder den Hammer! Jene aber ist da, um sie zu rechter Zeit zu gebrauchen, nicht um sie nur zu polieren und schön blank zu erhalten.“

Neu sind diese Anschauungen nicht. Sie sind schon wiederholt herorgetreten, sowohl innerhalb bestimmter feudaler militärischer Kreise, als in gewissen, Fabrikate für die Kriegsführung produzierenden Industriezweigen. Auch außen geben sich diese Anschauungen als hochpatriotische; in Wirklichkeit sind sie jedoch zu mindestens 95 Proz. diktiert von dem Wunsch nach schönerem Advancement, einer Stärkung des Militarismus und Zurückdrängung der demokratischen Tendenzen durch den sogenannten rauhen Soldatengeist oder durch die Sucht, die industriellen Profite bestimmter Kreise von Großindustriellen zu steigern. Es verlohnt sich deshalb auch nicht, auf die patriotische Kriegsbegeisterung des Herrn Grafen von Moltke einzugehen, der der dänischen Linie better von Moltke entstammt und dessen Vorhaben sich keineswegs in Preußen „groß gekämpft“ und „groß gebungert“ haben, sondern in Dänemark und Offiziersstellen bekleideten. Kennzeichnend ist aber, daß leitende konservativ-blätter die größte Kriegsdepistel abdrucken, nachdem sie eben erst am Weihnachtsfest in allen Tonarten den Wibelers „Friede auf Erden!“ variieren und die deutsche Auslands politik als Friedenspolitik gefeiert haben.

Allerdings, in gewisser Hinsicht mag der Uetersener Klosterpropst recht haben, wenn er meint, daß die Friedensjahre zur Ruinwelt- und Selbstberäubung, zum Vliegen auf der Wärrenhaut und zum Wetteifern geführt haben. Nur gilt das nicht von der ganzen Nation, sondern nur von bestimmten Kreisen des Höfings und des Feudaladels. Ihnen hat die wirtschaftspolitische Gesetzgebung ohne ihre Arbeit so viele Reichtümer eingetragen, daß tatsächlich in diesen Kreisen die vom Grafen Moltke verspürte „innere Erschlaffung“ einen beträchtlichen Umfang erreicht zu haben scheint. Die werktätigen Schichten des Volks haben dagegen in dieser Zeit hart arbeiten müssen, mußten sie doch das mit erwerben, was den Junkern infolge der „vaterländischen“ Zollgesetzgebung mühelos als Extracavendus gulfloß.

Schon wieder in Not!

Der liberale Traum von einer Aenderung unserer internationalen Politik, einem Zurücktreten des persönlichen Regiments und dem Verzicht auf Reden von unberechenbarer Tragweite ist noch rascher zerronnen, als selbst Pessimisten glauben mochten! Wilhelm II. hat am Neujahrstage wiederum eine sensationelle Ansprache gehalten, die Deutschlands Isolierung vollenden, das Mißtrauen der Mächte steigern und das deutsche Volk selbst im höchsten Grade beunruhigen muß! Wenn die „Deutsche Tageszeitung“ aus dieser kaiserlichen Antwort auf die Vorstellungen der Volksvertretung letzten Endes nur die eine Rohwendigkeit folgert, daß künftig die Veröffentlichung solcher Reden nicht für die Öffentlichkeit bestimmten Reden unmöglich gemacht werden müsse, so kann sich der Liberalismus nicht mit einer solchen Nyanwendung begnügen! Das hieße doch der Presse, der Öffentlichkeit das Schloß vor den Mund legen, das einen ganz anderen Zweck erfüllen sollte! Die unheilvolle Wirkung des persönlichen Regiments ging doch nicht von dem Wiederhall aus, den die kaiserlichen Kundgebungen fanden, sondern von diesen Kundgebungen selbst! Ja, mehr noch: wenn bisher Wilhelm II. seine Auffassung öffentlich darlegte, konnte das Volk widersprechen, im Lande selbst und dem Ausland gegenüber bezeugen, daß es anders denkt. Wenn aber Wilhelm II. die obersten Generale mit einer hochpolitischen Ansprache bedenkt und sich umgekehrt von diesen obersten Leitern unseres Heeres eine besondere Vertrauenskundgebung bereiten läßt — ist das nicht eine viel schlimmere Betätigung des persönlichen Regiments, eine bedrohlichere Befundung des Militarabsolutismus, als wenn er in öffentlicher Rede eine bedenkliche Ansicht vorgetragen?

Ganz abgesehen davon, daß solche Reden im engeren Zirkel sich niemals verheimlichen lassen werden und daß ihr Bekanntwerden gegen die Absicht Wilhelm II. und seiner Intimeren noch einen viel sensationelleren und peinlicheren Eindruck machen muß als früher. Entweder Wilhelm II. ist konstitutioneller Fürst und überläßt alle Politik der verantwortlichen Regierung, oder aber er ist persönlicher Herrscher, der seine persönlichen Ansichten in der Politik zur Geltung zu bringen sucht und die Minister nur als Handlanger seines Willens betrachtet. Wie die Verfassungsverhältnisse in Deutschland liegen, wird ein selbstbewußter, energischer, für die Politik interessierter Kaiser stets persönliche Politik zu treiben suchen, und unsere Junker werden stets bestrebt sein, dies persönliche Regiment zu stützen und zu hätscheln, um durch den Einfluß des Monarchen ihre Interessen verwirklichen zu sehen.

Aber unser famoser Liberalismus stellte sich blind und hoffnungslos! Jetzt hat er die Versicherung! Wilhelm II. hat nach den Mitteilungen des „Berliner Tageblatts“ — und die Richtigkeit dieser Mitteilungen wird von konservativer Seite bestätigt! — sich die Auffassung Schlieffens völlig zu eigen gemacht, daß England Deutschlands unersöhnlicher Feind, daß Deutschland von den Mächten eingekreist ist und sein einziger Schutz gegen die es gierig umlauernenden Feinde in einem noch forcierteren Rüstungsbau besteht! Welchen Eindruck muß das nach außen machen! Und welche Aussichten eröffnet dies kaiserliche Bekenntnis, daß nur im ununterbrochenen, unabsehbaren Wetteifern das Heil Deutschlands liege, für unsere ganze innere Politik!

Wir sind neugierig, mit welchen Verlegenheitsausflüchten der Liberalismus die Massen wiederum einzulullen suchen wird!

Uns selbst brachte die peinliche Neujahrsvorlesung freilich keine Ueberraschung. Die Sozialdemokratie hatte ja mit dem erdenklichsten Nachdruck immer betont, daß die einzige Schwupstocher gegen das persönliche Regiment in der Einführung demokratischer Garantien und Institutionen bestehe! Herrschte bei uns das Volk, so könnte man Wilhelm II. reden lassen, was und so viel ihm beliebt. Weil aber alle Welt weiß, daß nicht des Volkes Wille, sondern der Wille jener kleinen, aber mächtigen Privilegiertenklasse der Krone und Schlotjunger, deren Auffassung sich mit der Wilhelms II. deckt, das höchste Gesetz in Deutschland ist, deshalb würde das Mißtrauen im In- und Ausland auch dann nicht schwinden, selbst wenn es gelänge, alle Ansprachen Wilhelms II. der Öffentlichkeit vorzuenthalten!

Das Erdbeben.

Messina, 6. Januar. (Privatdep. des „Vorwärts“.) Die Erdstöße dauern immer weiter fort. Unter den Trümmern werden auch jetzt noch Lebende aufgefunden. Am Rettungswerke arbeiten Matrosen aller Nationen. Die Notlage hier ist unermesslich, noch schlimmer als in Messina selber in den kleineren Orten der Umgebung.

Der Berliner Korrespondent des „Giornale d'Italia“, Cabasino, ein geborener Sizilianer, gibt eine erschütternde Schilderung seiner Eindrücke aus Messina. Aus dem Ruinenhügel ragt ganz unversehrt einzig und allein die Reptunstatue, die wie höhnisch auf all das Elend herabsehend. Neben der Statue liegen Hunderte von Menschen, die allen Anzeichen der Witterung ausgesetzt sind und unerträglich der Vögelanziehung zum Opfer fallen. Zwischen den Sterbenden und Toten spielen Kinder, die bald herumtollen und lachen und bald in bitteren Weinen ausbrechen. Vor dem Rathaus fand Cabasino einen weißhaarigen Portier, der mitten im Regen stand und wartete, daß man ihm die Schlüssel bringe, um das Witterter der zerstörten Gebäude abzuschließen. Der Greis war verrückt geworden. Die ägyptischen Konolithsäulen des Domes sind zerbrochen, als wären sie Stöpsel; die gotischen Portale, die zwölf Kapellen, der Hochaltar mit seinen herrlichen Bronzen sowie der wunderwolle Chor, alles, alles ist unter dem Schutt verschwunden und noch für immer dahin. Die Einwohner sind so hingerichtet wie die armen Krieger der „Grande Arme“ 1812. Ein alter Mann trägt auf dem Kopfe ein Artilleriegeschloß, ist in einen Frauenschal gehüllt und krüht sich auf einen Alpenstock. Ein jünger Mann trägt einen eingedrückt Zylinderhut und einen wertvollen Damapels, die Weine sind mit einer Federboa umwickelt. Eine Frau hat eine Korabinteri-Uniform an, eine andere, die im Hemde ist, drückt ein Hübn, ihr einziges Besitztum, zärtlich ans Herz. Viele Frauen tragen Bogelstäfte in den Händen. Alle sind von oben bis unten mit Schmutz und Blut bedeckt; man glaubt, in ein Irrenhaus verlegt zu sein.

Die neuesten Meldungen aus Messina lauten schauerlich. 9500 Mann Truppen sind dort. Fälle von Typhus und Tetanus (Starrkrampf) kommen vor. Andere Infektionen werden befürchtet. Trotz der Abschiebungen wächst die Bevölkerung der Trümmerstadt wieder, da die Bauern der Umgebung kommen, um an den Liebesgaben Anteil zu nehmen. Viele Einwohner rücken aus den Trümmern Baracken her. Der Direktor des Museums von Palermo ist in Messina eingetroffen, um Vorlesungen zur Rettung der Kunstwerke zu treffen. Der Millionenschah der Madonna della Lettore, der Patronin der Stadt, wird von Soldaten bewacht. Nach dem „Mattino“ wird das gesamte amerikanische Geschwader von 23 Schiffen, das sich ursprünglich auf mehrere Häfen des Mittelmeeres verteilen sollte, nach Messina und Reggio geben.

Zwei bei in der Meeresenge von Messina liegenden Inseln sind wiederhergestellt, die telegraphische Verbindung zwischen Rom und Sizilien ist dadurch erleichtert. Das Marineministerium hat Vorkehrungen getroffen, um die Schiffahrt in der Straße von Messina wieder aufzunehmen. Da die Leuchttürme und Signalstationen zerstört sind, wird man wahrscheinlich Sicherheitsmaßnahmen treffen.

Ein Telegramm meldet: Messina, 6. Januar. Es ist den italienischen Behörden nunmehr möglich geworden, einen ausreichenden (?) Hilfsdienst an den vom Erdbeben heimgesuchten Küsten der Straße von Messina zu organisieren. Die russischen Kriegsschiffe haben Messina verlassen, die englischen und französischen beabsichtigen dies gleichfalls zu tun. Der deutsche Kreuzer „Hertha“ ist gestern mit dem Konful Jakob nach Catania gegangen, während die „Victoria Luise“ vor Gagliati zur Hilfeleistung lag.

Im Vordergrund des Interesses steht jetzt die Frage, ob Messina wieder aufgerichtet werden soll oder nicht. Dr. Baranda, Deputierter für Messina, erklärte in Catania, daß die Stadt sich unbedingt aus ihren Trümmern wieder erheben müsse und erheben werde. Der Vizepräsident des Stadtrats von Messina berief für Mittwoch alle noch am Leben befindlichen Mitglieder des Stadtrats zu einer Konferenz im Bohnhofe von Messina. Die Mitglieder des Rates sind ängstlich bemüht, die Provinzialverwaltung, die ihr Zentrum in Messina hatte, wieder einzurichten. In Catania ist unterdessen der Judrang von Flüchtlingen ein ganz gewaltiger. Die fortgesetzten Erdstöße in Messina lassen die Ueberlebenden der Katastrophe der letzten Woche nicht zur Ruhe kommen. Im Hospital von Catania wurden 3000 Verletzte behandelt, von denen sich am 4. Januar noch 600 in Pflege befanden. Sieben erlagen ihren Wunden, drei wurden wohnsinnig. Es fehlt so sehr an Raum, daß man die weniger schwer Verletzten in den Gefängnissen untergebracht hat.

Der Senator Paterno erklärte in einem Interviuo, man habe seine Meinung gestern falsch wiedergegeben. Er bestrittwortet wegen des Hafens den Wiederaufbau von Messina (aber nach der wissenschaftlichen Erforschung des Baugrundes) und die Wahl eines besseren Baumaterials.

Professor Oratio äußerte sich zu dieser Frage folgendermaßen: „Die Zentren und Epizentren der Erdbebengebiete wechseln sehr stark; es besteht daher keine Garantie dafür, daß ein Erdbeben nach einigen Jahren nicht viele Meilen von dem

Schauplatz des früheren Erdbebens auftritt. Daher würde für die Messinesen die Sicherheit nicht größer werden, wenn die neue Stadt vielleicht einige Meilen von der alten entfernt aufgebaut werden würde. In Erdbebengebieten spielt die Bauart der Häuser die größte Rolle. Beim Aufbau der verwüsteten Städte muß hierauf in erster Linie Rücksicht genommen werden. Die Katastrophe hätte gewiß nicht so viele Opfer verschlungen, wenn die Häuser in Messina und Calabrien aus elastischem Holze gebaut sein würden. Statt dessen tragen die meisten Häuser Steindächer, die infolge ihrer geringen Elastizität den Erdstößen einen zu großen Widerstand entgegensetzen und beim Zusammenstoße alles unter sich begraben. Wären die Häuser im italienischen Erdbebengebiete aus Holz gebaut und ähnlich eingerichtet wie die Häuser in den gefährdeten Gebieten Japans und Südamerikas, dann wäre den Bewohnern hinreichend Zeit geblieben zu flüchten, ehe ihre Behausungen über ihnen zusammenstürzten.

Die letzte Erdbebenkatastrophe ist die fürchterlichste der Neuzeit und dürfte auch unter den bekannten Erdbeben des Altertums, was Verlust an Menschenleben betrifft, nur noch hinter der von Antiochia zurückstehen. Letztere soll mehr als 200 000 Menschenleben vernichtet haben. Die Wissenschaft kennt leider immer noch kein sicheres Mittel, das das Rollen einer Erderschütterung anzeigt. Dagegen scheinen gewisse Tiere schon tagelang vorher die Katastrophe voranzunehmen. Man hat beobachtet, daß kurz vor Erdbeben Erdtiere ihre Löcher verlassen, Wasservögel unruhig hin und her fliegen, Hühner ihre Schlafstellen aufsuchen und Hunde ein aufgeregtes Wesen zur Schau tragen. Wenn man diesem Verhalten gewisser Tiere in Erdbebengebieten größere Aufmerksamkeit schenken würde, könnten sich die gefährdeten Menschen in vielen Fällen rechtzeitig in Sicherheit bringen.“

Reggio.

Reggio (Calabrien), 5. Januar. In vergangener Nacht ist der Belagerungszustand in sämtlichen Gemeinden der Provinz proklamiert worden. (1)

Ueber eine seltsame Erdbildung bei Reggio meldet der Draht:

Zwischen dem Fort und dem Bahnhof von Reggio ist ein eigenartiges Naturereignis beobachtet worden. Die Erde hat sich dort geöffnet, und eine Schlucht von beträchtlicher Größe hat sich gebildet. Es ist nicht möglich, bis auf den Grund dieser Schlucht zu sehen, aus der von Zeit zu Zeit Flammen und Rauch strömen. Man glaubt allgemein, daß sich durch das Erdbeben dort ein neuer Krater gebildet hat.

Castro Reale.

Milazzo, 5. Januar. Meldungen aus Castro Reale erklären die Nachricht, daß die Stadt zerstört sei, für unrichtig; es seien nur mehrere Häuser beschädigt, deren Ausbesserung demnächst vorgenommen werden wird.

Spenden.

Die Stadtverordnetenversammlung von Frankfurt a. M. bewilligte 5000 M.

Die Subscription des Londoner Lord-Mayors hat bereits die Summe von 50 000 Pfund Sterling überschritten.

In Venedig ersuchen die Sträflinge des Gefängnisdirektor, die Hälfte ihres Verdienstes für die durch das Erdbeben Geschädigten zu verwenden. Die Sträflinge des Gefängnisses in Sulmona haben eine Summe von 700 Lire gespendet.

Die Sammlung des Hamburger Hilfskomitees hat bisher 98 000 M. ergeben.

Wie der „Transatlantischen Korrespondenz“ aus New York gemeldet wird, hielt Last eine Rede, in der er darauf hinwies, daß das reiche Amerika mehr als jede andere Nation berufen sei, den von der Erdbebenkatastrophe geschädigten Bewohnern Siziliens Hilfe und Beistand zu gewähren, denn kein anderes Land der Welt beherberge so viele italienische Abkömmlinge wie gerade Amerika. Die Amerikaner sollten sich nicht durch den Umstand beirren lassen, daß Präsident Roosevelt seinerzeit gelegentlich des Erdbebens in San Francisco fremde Hilfe dankend ablehnte, denn erstens sei Amerika reicher als Italien und könne sich selbst genügen und zweitens wurde die Hilfe ja angeboten, gelte also als gewährt. Außer den durch den Kongreß bewilligten Geldern müsse die private Wohlthätigkeit Amerikas eifrig eingreifen, denn riesige Summen wären erforderlich, um das heimgesuchte Sizilien einigermaßen, wenn auch nicht zu Wohlstand zu bringen, doch ein wenig zu unterstützen. Er rechne bestimmt damit, daß die amerikanischen Hilfsgeber mindestens eine Kapitalhöhe von 4 Millionen Dollar erreichen würden. (1)

Politische Uebersicht.

Berlin, den 6. Januar 1908.

Die Einnahmen aus der Tabaksteuer

Stellen sich nach einer Aufstellung der „Süddeutschen Tabakzeitung“ für die letzten zehn Jahre auf 702 911 550 M. Sie sind von 66 750 898 M. im Jahre 1898/99 auf 79 491 652 M. im Jahre 1907/08 gestiegen, wobei aber das Jahr 1906/07 wegen der damaligen Vorberzollungen mit einem Ertrag von 82 157 445 M. über das gewöhnliche Niveau hervorragte.

Die Einnahmen aus der Zigarettensteuer sind dabei nicht mitgerechnet. Sie haben im Rechnungsjahre 1906/07 11 065 472 M. und im Rechnungsjahre 1907/08 15 212 805 M. betragen. Außerdem traten noch hinzu die Zolleinnahmen von eingeführten Tabakfabrikaten, so daß sich für 1907/08 ein Gesamtertrag von rund 100 Millionen Mark ergibt.

Den weitest größten Teil dieser Einnahmen liefert natürlich der ausländische Tabak. Auf inländischen Tabak wurden im letzten Steuerjahre nur 11 639 208 M. Steuer und auf Tabaksurrogate 67 821 M. Steuer erhoben. Auch die Zigarettensteuer fällt naturgemäß vorwiegend auf ausländischen Tabak.

Sollte die von der Regierung vorgeschlagene Vandersollensteuer auf Zigaretten und andere Tabakfabrikate Gesetz werden, so würde davon nicht nur der ausländische, sondern auch der inländische Tabak getroffen werden. So soll z. B. die Zigarette, die im Kleinverkauf bis zu 4 Pf. das Stück kostet und die wohl zum größten Teil aus inländischem Tabak besteht, nach der Regierungsvorlage mit einer Vandersollensteuer von 1 M. pro 1000 Stück belastet werden. Zigaretten im Kleinverkaufspreis von über 4 Pf. bis zu 7 Pf. das Stück, die auch noch einen guten Teil inländischen Tabak enthalten, sollen 8 M. pro 1000 Stück zahlen. Diese Belastung ist derart, daß sie aller Voraussicht nach auf den Konsum und somit auch auf den inländischen Tabakbau einschränkend wirken wird.

Reichstagswahlkampf im Siegerlande.

Der Wahlkampf im Reichstagswahlkreise Siegen-Bittenstein-Viedenkopf um das Erbe des Hofpredigers Stöcker hat nunmehr den Höhepunkt seiner Schärfe erreicht. In der Kollation wird noch in den wenigen Tagen bis zum 11. Januar, dem Wahltage, geleistet was zu leisten ist.

Nicht weniger als sechs Parteien treten im ersten Wahlgange mit eigenen Kandidaten auf. Nur die totale politische Rückständigkeit der Bevölkerung, hauptsächlich jedoch der Arbeiter, macht diesen

Wahlkreis möglich. Wirklich ist die Bevölkerung des Wahlkreises geteilt in kleine Schichtenbauern, die wechselländischen „Brunnenlötter“, die sich von früh bis spät auf ihrer Scholle abmühen, um eben so viel zu ernten, daß sie ihr Leben fristen können, und in Berg- und Hüttenarbeiter, die zu den niedrigsten Löhnen schuften. Die „Brunnenlötter“ haben von der landwirtschaftlichen Schutzpolitik nicht nur keinen Vorteil, sondern vielfach direkten Schaden, sind deshalb Gegner des Bundes der Landwirte und bilden die Anhängerschaft des Freisinn. Die Berg- und Hüttenarbeiter leben in politischer Unmündigkeit und gewerkschaftlichem Individualismus dahin und bildeten die Wählermassen für die „Christlichsozialen“. So viel Unheil Stöcker der deutschen Arbeitererschaft zugefügt hat oder hat zufügen helfen, so wird er dennoch von diesen irreführten und betörten Werkstoffern abgöttisch verehrt. Dazu kommt noch, daß die Bevölkerung in der großen Mehrheit evangelisch vermindert ist; nur wenige Ortsgemeinden mit katholischer Bevölkerung gibt es, die man im Volksmunde „Kegeldörfer“ nennt, für die das Zentrum den Arbeitersekretär Sternitzel aus Köln aufgestellt hat, für den Reichstagsabgeordneter Trimborn Propaganda macht.

Da es nicht möglich war, Stöcker zu fesseln, so macht man jetzt um so größere Anstrengungen, dem politischen Adopitsohnen Stöcker, dem Viz. Kumm, den Wahlkreis zu entreißen. Da die Kandidatur des Nationalliberalen, Vorkandidat a. D. Vogel, allgemein, auch unter der Arbeitererschaft, großes Ansehen genießt, entsandten die Kandidaten eine geradezu verzweigte und nicht minder gemeine Agitation. Sie haben den Wahlkreis mit folgenden Personen überdeckt: Reichstagskandidat Kumm, Reichstagsabg. Behrens, Raab, Buchardt, Schach, Pottmann, Böhm und Liebermann v. Sonnenberg, außerdem: Weigelt, Kläffer, Klaffenbeul, Meißner, Vic. Weber, Schla- bach, Dr. Destrécher und Oester, also 15 Hauptredner und noch eine Menge „Kleiner“. Die Nationalliberalen marschieren auch ihren Kandidaten mit folgenden Vorberedern auf: den Reichstagsabgeordneten Boffermann, Streifmann und Dr. Omann. Außerdem: Dr. Jakob, Dr. Hugo, Lummel, Esfen, Koester, Saarbrücken, Freithaupt, Berlin, Jung, Funke und Kreuz. Vom Freisinn wandern durch den Wahlkreis Reichstagsabgeordneter Bürgermeister Luno-Hagen, Kandidat Ruffe-Kassel, Dr. Potthoff, Landtagsabgeordneter Hof, Kandidat Erdmannsdorf-Berlin, Sekretär Jacobs-Essen, Sekretär Biegler usw. Dann hat der Siegerländer christlich-nationale Bergarbeiterverband noch eine Sonderkandidatur in dem Bergmann Schneider aufgestellt, dem Redner von Namen und Rang nicht zur Verfügung stehen; unsere Partei endlich hat als Wahlkandidaten den Parteisekretär Sogowski aufgestellt.

So wählen denn sechs Parteien mit wohl 60 Rednern in dem Wahlkreis, die statt politischer Aufklärung nur Wirrwarr schaffen. Unserer Partei allein ist es nicht möglich, eine intensive und wirkliche Agitation zu betreiben, da uns im ganzen Wahlkreis nicht ein einziges Lokal zur Verfügung steht. Unsere Redner haben zum ersten Male in der gegnerischen Versammlung 15 Minuten Redezeit erhalten, um dann freilich von den „Christlichsozialen“ im Schlusswort auch Reichsverbandsmethode abgewürgt zu werden. Da die Nationalliberalen und Freisinnigen anständiger sind, haben unsere Genossen beschlossen, den christlichsozialen Versammlungen fern zu bleiben, dafür nur noch in den liberalen und freisinnigen Versammlungen das Wort zu ergreifen.

Die Mann-Versammlungen gestalten sich eine wie die andere zu einer lächerlichen und widerlichen Komödie. Betritt der „Gottesmann“ im Pelzrock das Versammlungsgelände, erhebt sich „Hö“ ab-geländert Stills und ruf: „Unser sehr verehrter Herr Reichstags-kandidat Viz. Kumm soll leben hoch! hoch! hoch! Ist das hoch beendete steht Kumm auf der Bühne und „Kühnheit“. „Besten Dank, meine Herren! Lassen Sie uns nun des Mannes gedenken, der der Paladin des großen Kaisers gewesen ist und ein Menschenalter hindurch die christlichsoziale Fahne vorangetragen hat, Herr Dr. Stöcker soll leben“ usw. Diesem Hoch folgt dann noch ein Kaiserhoch, und dann eine nichtsagende, von Gemeinplätzen gespickte Rede, berechnet auf die niedrigsten Instanzen der Masse. Zu keiner politischen Frage nimmt Kumm klare Stellung, läßt alle an ihn gestellten Fragen entweder gänzlich unbeantwortet oder wendet sich mit einer pfäfflichen Redensart durch. Dafür erzählt er von dem guten, christlichen Sinn der Siegerländer, wie er in den Arbeiterhäusern mit den Arbeitern gemeinschaftlich das Tischgebet verrichtet hat, vergleicht Stöcker mit Julius Cäsar usw. Ueber Finanzreform, Wahlrechtsfragen, Kolonialpolitik, Arme und Marine redet er gar nicht, und von der Sozialgesetzgebung weiß er nur, daß die Sozialdemokraten — dagegen stimmen. Seine Partei vergleicht er mit dem Ketten David, die den vielen Gollath (die Sozialdemokratie) bezwingen werde.

Die Nationalliberalen hoffen mit den Christlichsozialen in Stichwahl zu kommen. Ob sich ihre Hoffnung erfüllen wird, steht dahin.

Deutsche Regierungsdaten als Freibeuter.

Dem „Leipziger Tageblatt“ geht aus Handelskreisen eine Mitteilung zu, die geeignet ist, Aufsehen zu erregen. Danach haben Regierungsdaten in Süd-Kamerun von den Hauptlingen Elefanten, Jähne und Gummi eingetrieben, bei welcher Gelegenheit sie einen der Hauptlinge schwer mißhandelten, ihm Pfeffer in die Wunden streuten, sodas der Mann starb. Einem anderen Hauptling schlugen sie ein Ohr ab und stießen ihm ein Auge aus. Die Missetäter sind zwar arestiert worden, wurden dann aber wieder freigelassen; sie hatten lediglich den Auftrag erhalten, die Eingeborenen an der Elefantenzagd zu verhindern. — Ob es bei diesem einzelnen Falle von Ausschreitungen geblieben ist, steht nicht fest; jedenfalls aber wird im Reichstage über diesen Vorfall Auskunft verlangt werden müssen. Bei dieser Gelegenheit sei daran erinnert, daß der alldeutsche Schriftsteller Dr. Slamaß vor einiger Zeit in Ostafrika einen Eingeborenen erschossen hat — angeblich aus Versehen. Dr. Slamaß ist unterdessen nach Berlin zurückgekehrt und es ist bis jetzt noch nichts darüber verlautet, daß er wegen Tötung eines Menschen vor Gericht gestellt worden wäre.

Ein Roschrei der evangelischen Volkseele.

Der „Evangelische Arbeiterbote“, Organ des Gesamtverbandes evangelischer Arbeitervereine Deutschlands, stellt in einem Rundbrief fest, daß es überall im deutschen Vaterlande mit der evangelischen Arbeiterbewegung kräftig vorwärts geht. Dann aber heißt es:

„Weit größer würden unsere Erfolge sein, stände uns eine starke evangelische Presse zur Verfügung. Aber, Gott sei's geklagt, für eine evangelische Presse hat unser evangelisches Volk fast kein Verständnis. Anglicklich über-wachen unsere Parteipolitiker die evangelische Presse, ob sie auch mit seinem Say oder Wort gegen ein unheilbares Parteidogma (und Parteidogmen sind immer unheilbar) verstoßen. Evangelisches Volk! Stelle dich auf eine höhere als die Parteipartei und mache endlich Ernst mit deinem evangelischen Bewußtsein; du bist es deiner Kirche und dem Vaterlande schuldig. Denn, Feinde ringsum!“

Es wird sodann hingewiesen auf die weite Verbreitung der katholischen Presse, auf die 65 sozialdemokratischen Partei- und 87 gewerkschaftlichen Fachblätter, worauf es dann heißt:

„Demgegenüber quälen sich 11 evangelische Tageszeitungen, unter großen und schweren Opfern, für die Verbreitung evangelischer Gedanken. Und warum dies verabschwendend winzige Zahl

evangelischer Blätter, warum dieses Armutszeugnis? Der „Parteihege“ verlangt! Da muß die Kirche und das evangelische Gewissen schweigen. Die Parteiblätter lassen keine rein evangelische Presse zu Wort kommen. Zwar spielt sich ein Teil dieser Parteipresse noch als evangelische Presse auf. Daß sich Gott erbarm! Unsere Kirche muß im Hinblick auf diesen Bundes-genossen ausrufen: Bewahre mich vor meinen Freunden, mit meinen Feinden werde ich schon fertig.“

Das Blatt sollte, statt den „Parteihegen“ anzuklagen, lieber zusehen, daß die Macht des „evangelischen Bewußtseins“, wenn sie überhaupt je bestanden hat, längst in die Irre gegangen ist infolge des Uffers, mit dem sich die evangelische Kirche in den Dienst der staatlichen Gewalt und der kapitalistischen Interessen gestellt hat. Uebrigens scheint das Interesse der evangelischen Arbeitervereine für die Presse ihres Glaubens auch nicht weit her zu sein, sonst wäre es nicht zu verstehen, daß der Gesamtverband evangelischer Arbeitervereine 90 000 Mitglieder, der „Evangelische Arbeiterbote“, das Organ des Verbandes, aber nur 16 000 Abonnenten hat.

Nachwehen der letzten Wahlrechtsdemonstrationen in Sachsen.

Dresden, den 6. Januar 1909. Nachdem eine Reihe von Wahlrechtsdemonstranten wegen angeblichen großen Unfugs mit Haftstrafen von fünf und sieben Tagen bestraft worden sind, scheint die Justiz auch mit hohen Geldstrafen vorgehen zu wollen. Ein Genosse erhielt einen Haftbefehl von 150 M.; er soll am Abend des 14. Dezember nach den Wahlrechtsversammlungen — ohne Genehmigung der Polizeibehörde —

1. einen Aufzug geleitet,
2. vor dem Siegesdenkmal auf dem Altmarkt an eine große Anzahl Demonstranten eine Ansprache gehalten, sodas eine Versammlung unter freiem Himmel veranstaltet und dadurch, wie es in dem Strafbefehl heißt, den äußeren Bestand der öffentlichen Ordnung erheblich gestört, damit aber großen Unfug verübt haben.

Für jeden Fall zu 1 und 2 wurden dem Sünder wider den Geist der sächsischen Ordnung 75 M., zusammen 150 M. oder vier Wochen Haft jubiliert. Außerdem sind 6,10 M. Kosten zu bezahlen.

Der mit dem Strafbefehl Bedachte hat gerichtlichen Einspruch erhoben.

Daß durch solche kleinen Zwidereien der Unwille über das grenzenlose Wahlelend nicht geringer wird, ist selbstverständlich.

Ein sozialdemokratischer Protest in Hessen.

Die sozialdemokratische Fraktion der Zweiten hessischen Kammer hat zu dem Entwurf einer Adresse an den Großherzog, in der im allgemeinen die in der Thronrede angeführten Gesetze zustimmend besprochen werden, folgenden Zusatzantrag gestellt:

Die Zweite Kammer lenkt die Aufmerksamkeit Eurer königlichen Hoheit auf die Tatsache, daß das Ministerium seit langem eine Verletzung des Artikels 18 der Verfassung übt, indem es alle Wahlen von Beigeordneten, die sich zur sozialdemokratischen Weltanschauung bekennen, nicht bestätigt, lediglich der Weltanschauung der Gewählten wegen. Die Zweite Kammer steht in dieser fortgesetzten Verletzung eine Gefahr für die Zukunft des Landes und hofft, daß für die Folge auch den Anhängern der sozialdemokratischen Partei gegenüber der Grundtag: „Alle Hessen sind vor dem Gesetze gleich“ gewährleistet wird.

Die Beratung dieses Zusatzantrags in der Kammer kann eine interessante Debatte zeitigen. Gespannt darf man sein, wie sich der Liberalismus stellen wird, der sich entschieden wehrt.

Die Reichstagswahl für den Wahlkreis Wingen-Alzey.

Die infolge des Ablebens des bisherigen Abgeordneten Keller (Bund der Landwirte) notwendig wird, ist auf den 16. Februar anberaumt.

Eine Wahlkreis-Konferenz der sozialdemokratischen Organisationsrat hat als Kandidaten der Sozialdemokratie den Genossen Adolung-Rainz aufgestellt.

Die Balkankrise. Oesterreich und Serbien.

Der Konflikt zwischen Serbien und Oesterreich dauert fort. Der Minister Mikowanowitsch hat auf die Vorstellungen des österreichischen Botschaften erklärt, daß seine Rede von den Stenographen ungenau wiedergegeben sei; der authentische Text werde erst in den nächsten Tagen festgesetzt sein. Die österreichische Regierung gibt sich aber mit diesem Aufschub nicht zufrieden. Der Botschaft hat den Auftrag erhalten, auf sofortige Beantwortung seiner Anfrage zu bestehen; sollte diese verweigert werden, so würde der Botschaft sofort abreisen und die diplomatischen Beziehungen zu Serbien abgebrochen werden. Was sich die österreichische Regierung von dieser Aufschaukung der Affäre eigentlich verspricht, ist nicht recht einzusehen.

Die bulgarisch-türkischen Verhandlungen.

Seitdem die türkische Thronrede so scharfe Töne gegen Bulgarien angeschlagen hat, sind die Beziehungen mit der Türkei wieder sehr gespannt geworden. Die Verhandlungen sind unterbrochen worden und die Türken haben den Vorklott auch auf Bulgarien ausgelehnt. Jetzt läßt die bulgarische Regierung verländen, daß sie zur Wiederaufnahme der Verhandlungen bereit sei, wenn der Vorklott eingestellt wird. Aber nach den bisherigen Erfahrungen ist es nicht gerade wahrscheinlich, daß die Türken auf die Anwendung dieser ihrer letzten Waffe so leicht verzichten werden.

Der türkische Standpunkt.

Konstantinopel, 6. Januar. Wie verlautet, hat der Präsident des Parlaments Achmed Riza bei einem Valsabichini gemachten Besuche die Politik zwischen der Türkei und Oesterreich eingehend zu erörtern sich bemüht. Achmed Riza vertrat den Standpunkt, daß die Türkei außer der Indemnität auch die Autonomie Bosniens und der Herzegowina, allerdings unter dem Protektorat des Kaisers Franz Joseph, zur Bedingung für die Regelung der Verhältnisse stellen muß.

Frankreich.

Die Todesstrafe.

Paris, 6. Januar. Der heutige Ministerrat beschäftigte sich eingehend mit dem Kammervotum betreffend die Aufrechterhaltung der Todesstrafe. Trotz gegenteiliger Behauptungen ist eine vollkommene Verständigung der Minister in dieser Frage erzielt worden. Der Kabinettschef Clemenceau war bekanntlich bisher ein eifriger Befürworter der Abschaffung der Todesstrafe. Er hat die Erklärung abgegeben, daß das Kammervotum nicht beachtet werden dürfe. Der Justizminister hingegen war der Ansicht, daß die öffentliche Meinung in dieser Frage Genugtuung erhalten müsse. Der Präsident der Republik erklärte sich mit der letzteren Auffassung einverstanden und hob hervor, daß jeder einzelne Fall sorgfältig geprüft werden müsse, aber in allen Fällen darf keine hinreichende Begründung vorliegen, daß von einer Vergnädigung abzusehen sei. Man kann mithin auf eine Reihe Hinrichtungen für die nächsten Tage gefaßt sein, da 28 zum Tode Verurteilte ihr Schicksal erwarten.

Perfien.

Der Aufstand in Japahan.

Nach Tâbris hat sich jetzt auch Japahan, die große Handelsstadt im Zentrum des Reichs, gegen den Despotismus er-

hoben und den vom Schah eingesetzten Gouverneur in einem Kampfe vertrieben. Der Sieg der Revolutionäre ist der Stadt-Bachtiaren zu danken, die den Sohn ihres Häuptlings Gouverneur eingesetzt haben. Sie beherrschen jetzt die Stadt halten gute Ordnung. Der Schah weigert sich aber, Genial Khan, den Anführer der Bachtiaren, als Gouverneur anzuerkennen. Die britische und die russische Gesandtschaft erheben dringende Vorstellungen, Ruhe und Ordnung wiederherzustellen und wieder reguläre Zustände zu schaffen.

Indien.

Neue Unruhen.

Kalkutta, 6. Januar. Weitere Unruhen unter den Mohammedanern, besonders unter der Fabrikbevölkerung, sind ausgebrochen. Die Polizei mußte einschreiten. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen. Viele Personen erlitten Verletzungen.

Marokko.

Ein Dementi.

Paris, 6. Januar. Gegenüber der von auswärtigen Zeitungen gebrachten Nachricht aus Rabat, daß französische Truppen an die Nordgrenze des Schangajebietes abmarschiert seien und die Abschah von Schraal besetzt hätten, erklären hiesige Blätter, daß die französische Regierung von einem solchen Vormarsch nichts wisse, der übrigens auch in vollkommenem Widerspruch mit den General-Befehlen erteilten Weisungen stehen würde.

Amerika.

Die Unabhängigkeit Panamas.

Washington, 6. Januar. (Meldung des Reuters Bureau's.) Columbia, Panama und die Vereinigten Staaten haben die zwischen Columbia und Panama schwebenden Streitfragen durch Verhandlungen gütlich beigelegt. Columbia erkennt die Unabhängigkeit Panamas an, welches dafür 2 1/2 Millionen Dollars als Anteil an der Staatsschuld vor der Trennung an Columbia zahlt. Der Vertrag setzt auch eine Grenze zwischen Panama und Columbia fest. In Wirklichkeit wird das kleine Panama damit zu einem Vasallenstaat der Vereinigten Staaten.

Parlamentarisches.

Falsche Wahlprüfungs-Nachrichten. Jemand ein Schmod scheint sich damit Geld zu verdienen, daß er der bürgerlichen Presse etwas vorhält. Am Dienstagabend wurde gemeldet, daß die Wahlprüfungs-Kommission des Reichstages das Mandat des Abg. Kappenberg für ungültig erklärt hätte. Mittwochabend taucht die Meldung auf, daß auch das Mandat des Abg. Wöhle-Strasbourg für ungültig erklärt worden sei. Beide Notizen beruhen auf Schwindel, denn die Wahlprüfungs-Kommission des Reichstages hat seit dem Beginn der Beisetzungsferien überhaupt keine Sitzung gehalten. Die Akten über die Wahl des Abg. Wöhle sind überdies aus Strasbourg noch gar nicht eingegangen!

Drucksachen.

Aus dem Reichstage. (Nr. 1088) Nachweisung über die gesamten Rechnungsergebnisse der Berufs-Genossenschaften für das Jahr 1907.

(Nr. 1095) Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben der afrikanischen Schutzgebiete, des Schutzgebietes Neu-Guinea, der Verwaltung der Karolinen, Palau, Marianen, und Marshallinseln sowie des Schutzgebietes Samoa für das Rechnungsjahr 1908 (nebst Anlagen).

(Nr. 1097) Bericht über die Tätigkeit der Auswärtigen Amtsstelle für Auswanderer für die Zeit vom 1. Oktober 1907 bis 30. September 1908.

(Nr. 1098) Handelsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und dem Freistaat El Salvador.

(Nr. 1099) Nachweisung der Bewilligungen, der verausgabten Beträge und der verbleibenden Bestände bei den übertragbaren Titeln der fortdauernden und bei den ratenweisen Ansätzen der einmaligen Ausgaben des Reichshaushalts für die Rechnungsjahre 1908 bis 1907.

(Nr. 1100) Denkschrift über die Ausführung der für die Schutzgebiete erlassenen Anleihegesetze.

Aus der Partei.

Eine Revolution im Frankfurter Stadtverordnetensaal

hat die im November erfolgte Verstärkung der sozialdemokratischen Fraktion von 6 auf 15 Köpfe im Gefolge gehabt. Wäher saßen die bürgerlichen Stadtverordneten nicht nach Fraktionen, nur die sechs Sozialdemokraten saßen zusammen. Als unsere Vertreter im Seniorenkonvent nun auch für die fünfzehnköpfige Fraktion einen zusammenhängenden Block von 15 Sitzen auf der linken Seite des Saales verlangten, stießen sie zunächst auf Widerstand; man wollte einen Teil der Fraktion auf der Linken, den anderen Teil auf der Rechten placieren, angeblich, weil verschiedene alte Herren ihre Plätze nicht räumen wollten, in Wirklichkeit, weil Demokraten, Freisinnige und Nationalliberale sich unter sich nicht über die Gruppierung verständigen konnten. Am nun aber der zu erwartenden Disfraktion unserer Fraktion aus dem Wege zu gehen, versetzten die Führer dieser Parteien schließlich auf dem Ausweg, die Sitze des Magistrats von der linken Seite des Präsidiums auf die rechte Seite zu verlegen, der sozialdemokratischen Fraktion die bisherigen Magistratsplätze einzuräumen und dann auch die übrigen Stadtverordneten nach Fraktionen zu placieren. Schwere Herzen gab der Magistrat keine Zustimmung zu seiner Expropriation durch die Sozialdemokratie, denn er wird jetzt direkt unter der Tribüne placiert, wo ihn niemand hört und sieht, während die Plätze, die er räumen muß, direkt der Tribüne gegenüber und unmittelbar neben dem Präsidium liegen.

Die Vergrößerung unserer Fraktion auf 15 von 64 Stadtverordneten hat sie an die Stelle der zweitstärksten Fraktion gerückt; neben 17 Demokraten, 12 Freisinnigen und 10 Nationalliberalen gehören dem Kollegium weiter 7 Mittelständler, 1 Antisemit, 1 Zentrumsmann und 1 Wilder an. Unsere Fraktion erhob den ihr zustehenden Anspruch auf den Posten des zweiten Vorsitzenden, erklärte sich aber auf Grund einer Verständigung im Seniorenkonvent mit der Uebernahme des 1. Schriftführer-amtes einverstanden, nachdem ihr Anspruch auf den Posten des zweiten Vorsitzenden anerkannt worden war. Der Führer der demokratischen Fraktion, Stadtverordneter Wedel, gab in der ersten Sitzung vom 6. Januar folgende vorher vereinbarte Erklärung über die Besetzung des Präsidiums ab:

Der Seniorenkonvent hat sich wiederholt und eingehend mit der Frage der Besetzung des Präsidiums der Versammlung beschäftigt. Alleseitig wurde anerkannt, daß nach parlamentarischem Brauch die einzelnen Fraktionen entsprechend ihrer Stärke Anspruch auf die Sitze im Präsidium haben, daß also die demokratische Fraktion als die stärkste Anspruch auf den Posten des 1. Vorsitzenden, die sozialdemokratische Fraktion als die zweitstärkste Anspruch auf den Posten des 2. Vorsitzenden hat, daß weiter der freisinnigen Fraktion der 1. Schriftführer und der nationalliberalen Fraktion der 2. Schriftführer zustehen.

Es wurde aber von den Vertretern aller Fraktionen weiter anerkannt, daß unter bisheriger erster Vorsitzender, Herr Dr. Friedleben, der der freisinnigen Fraktion angehört, die Geschäfte der Versammlung in umsichtiger, sachlicher und unparteiischer Weise geleitet hat.

Daher verständigten sich die Vertreter der Fraktionen im Seniorenkonvent dahin, Herrn Dr. Friedleben wiederum als

ersten Vorsitzenden in Vorschlag zu bringen und dann die übrigen Posten des Bureau nach der Stärke der Fraktionen zu besetzen, natürlich unter Ausschreibung der freistehenden Fraktion. Demnach würde also die demokratische Fraktion den 2. Vorsitzenden, die sozialdemokratische Fraktion den 1. Schriftführer und die nationalliberale Fraktion den 2. Schriftführer zu stellen haben.

Bei der Besetzung der Kommissionen ist unsere Fraktion im Verhältnis zu ihrer Stärke berücksichtigt worden. Ueberall macht sich die Verstärkung unserer Vertretung bemerkbar, sicherlich nicht zum Schaden der Arbeiterschaft.

Zum Projekt eines täglichen Parteiblattes in Freiburg i. B. wird uns aus Baden geschrieben:

Genosse Parteisekretär Engler-Freiburg agitiert für sein Projekt durch ein Zirkular, das er in den sechs ersten Reichstagswahlkreisen Badens verbreitet. Er wünscht, daß in Mitgliederversammlungen und Wahlkreis-Konferenzen noch vor dem Parteitag dafür Propaganda gemacht wird. Genosse Engler spricht den beiden kleinen Organen in Lörrach und Offenburg die Existenzmöglichkeit ab, stellt dagegen ein sozialdemokratisches Tagesblatt in Freiburg eine sofortige Rentabilität in Sicht. Er erwartet alsbald in Freiburg, Stadt und Umgebung, 2000 Abonnenten und eine Inseraten-Einnahme von 12000 M. Eine eigene Druckerei sei für die erste Zeit zu entbehren, da sich in Freiburg schon ein Geschäft finden lasse, welches ein sozialdemokratisches Blatt bei guter Beziehung übernehme. Dort gäbe es auch mehr Arbeitsarbeit als in Lörrach, wo man das Tagesorgan fürs Oberland wohl auch haben möchte. Wie weit diese Privatdruckerarbeiten, welche in einem nicht der Partei gebührenden Geschäft herzustellen wären, dem sozialdemokratischen Preshunternehmen finanziell günstig sein sollen, ergibt sich nicht aus der umfangreichen Verbeirung für das Englersche Preshunternehmen. Auch unterläßt er ganz, in Betracht zu ziehen, welche namhafte Abonnentenverluste für den „Volkfreund“, für unser auch im Oberland obligatorisches Tagesblatt entsteht, das augenblicklich eine nach Tausenden zählende Reduktion seines Abonnentenstandes nicht ertragen könnte. Engler bebauert an anderer Stelle, daß dem „Volkfreund“ durch die beiden kleinen Lokalblätter etliche Abonnenten verloren gingen. Dieses Argument verweigert er bei der Beurteilung des Freiburger Unternehmens. Auch überläßt er gänzlich die Tatsache, daß der Auswärtsvertrieb eines überwiegenden Teiles der Auflage, wie er auch bei einem Freiburger Oberlandsorgan mit Filialen in sechs Wahlkreisen eintreife, wegen der damit verbundenen täglichen außerordentlichen Postkosten und Speisen, der vielen Kassenverluste privater Filialen usw. die Rentabilität am meisten in Frage stellt.

Es wird Aufgabe der Parteileitung sein, diesem Englerschen Gründungsbegehren mit der Mühle sachlicher Erwägungen entgegenzutreten und dafür zu sorgen, daß die von unserem Freiburger Parteibeamten betriebene Agitation in den von ihm beeinflussten Parteikreisen nicht in der einseitigen Weise fortgesetzt wird, daß die Genossen nur die Licht- aber nicht die Schattenseiten kennen lernen, ehe sie ein gebundenes Mandat zum Landestag annehmen.

Soziales.

Fallen Vorkarbeiter unter das preussische Ausnahmengesetz?

Das preussische Ausnahmengesetz gegen ländliche Arbeiter und das Gefinde vom 24. April 1854 bedroht mit Geldstrafe oder Haft Gefinde, welches hartnäckigen Ungehorsam oder Widerstand gegen die Befehle der Herrschaft oder der zu seiner Aufsicht bestellten Personen sich zuschulden kommen läßt, oder ohne gesetzliche Ursache den Dienst verläßt oder verläßt. Für das Strafverfahren erforderlich ist ein zurücknehmbarer Strafantrag der Herrschaft. Außer gegen das Gefinde finden diese Vorschriften nach § 2 desselben Gesetzes auf Personen Anwendung, welche von den zu Diensten verpflichteten bäuerlichen Besitzern zur Verrichtung dieser Dienste gestellt werden; ferner auf Insulte, herrschaftliche Tagelöhner, Einlieger, Rätenleute und endlich auf solche Handarbeiter, welche sich zu bestimmten land- und forstwirtschaftlichen Arbeiten, z. B. Entearbeiten, Holzschlägen verbunden haben.

Auf andere ländliche Arbeiter findet das für die Kulturtiefe und innere Schwäche Preußens bezeichnende Ausnahmengesetz keine Anwendung. Trotzdem wird in der Praxis das Gesetz oft zu Unrecht auch gegen andere Landarbeiter in Anwendung gebracht. Einem solchen Mißbrauch trat dieser Tage das Kammergericht entgegen. Der Vorkarbeiter Reigel sollte des furchtbaren Verbrechens hartnäckigen Ungehorsams sich dadurch schuldig gemacht haben, daß er nach 8 Uhr abends ein eben eingefahrenes Fuder Stroh der erteilten Anweisung zufolge nicht mehr ablad. Die Strafkammer zu Stolp verurteilte ihn auf Grund des § 1 des Gesetzes wegen unbefugten Verlassens des Dienstes. — Das Kammergericht hob das Urteil auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung an die Strafkammer zurück. Das Gericht nenne den Angeklagten Vorkarbeiter und verurteile ihn auf Grund des § 1 des Gesetzes von 1854, der sich auf Gefinde beziehe. Es habe aber unterlassen darzulegen, weshalb R. zum Gefinde gehören solle. Es müsse nachgeprüft werden, ob er zum Gefinde gehöre. Gelange das Gericht zur Verneinung dieser Frage, so läge noch in Betracht, ob er zu den im § 2 des Gesetzes aufgeführten Kategorien ausnahmsweise gestellter Arbeiter gehöre.

Eine Schmach für Preußen ist das Fortbestehen eines solchen lediglich Origieltatsurteilens entsprechenden Gesetzes.

Blutopfer auf dem Schlachtfelde der Arbeit.

9815 Tote und 134888 Schwerverwundete, darunter 61449 dauernd in ihrer Erwerbsfähigkeit voll oder zum Teil beeinträchtigt lautete das amtliche Bulletin vom Schlachtfelde der Arbeit über das Jahr 1907. Nach den dem Reichstags tage soeben zugegangenen Rechnungsergebnissen der Berufsgenossenschaften vom Jahre 1907 erreichte die Zahl der Opfer der Arbeit in dem einen Jahre 1907 die eben genannte grauenvolle Höhe. Als schwer verwundet rechnen wir hierbei diejenigen, bei denen die Folgen des Unfalls über die Zeit von 18 Wochen hinaus sich erstreckten. Die Gesamtzahl der im Jahre 1907 in den der Unfallgesetzgebung unterliegenden Betrieben zur Anmeldung gelangten Unfälle betrug 662901! Welche Summe von Elend bergen diese Zahlen in sich!

Die Zahlen sind gegen das Vorjahr 1906 erheblich gestiegen. Im Jahre 1906 waren Unfälle insgesamt zur Anmeldung gelangt: 645583, darunter Getötete 9141, schwer Verwundete 130585. Das Jahr 1907 weist also ein Mehr an Unfällen von 17318, an Getöteten von 674, an schwer Verwundeten von 4308 auf.

Schuld an dieser furchtbaren Zunahme von Unfällen trägt die Nichtberücksichtigung der zur Verringerung der Unfälle seit Jahrzehnten von der Sozialdemokratie gestellten Anträge seitens der Regierungen und der bürgerlichen Mehrheit des Reichstages.

Kerze und Versicherungsgesellschaften.

Der Präsident des Aufsichtsamts für die Privatversicherungen Bruner hat den Titel der Kerze gegenüber den Versicherten durch von ihm angeordnete, anfänglich von den Kerzen zurückgewiesene Vergleichsverhandlungen beendet. Danach würden die Kerze statt rund 2 Millionen jährlich über 2 1/2 Millionen erhalten. Der Einigungsvertrag stellt fest, daß keine Rayvegelerungen erfolgen sollen. Der zwischen beiden Teilen abzuschließende Vertrag soll bis 31. Dezember 1918 unlösbar laufen. Als Donator sollen gewählt werden: Für das sogenannte „kleine Aufnahmeverfahren“ Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inseratenteil veranlagt: Dr. Glöck, Berlin. Druck u. Verlog: Berwärtz Buchdr. u. Verlagsanstalt

allez“, das nur bei Versicherungen bis 2000 M. Anwendung finden darf, 6 M., bei der „großen Lebensversicherung“ für Aufnahmeuntersuchung mit Zeugnis einschließlich Deklaration B. bis 6000 M. 12 M., darüber 15 M., für „hausärztliche Zeugnisse“ 7,50 M. Die im früheren Verträge vorgesehene ständige Kommission ist sofort wieder zu bilden, der Vorsitz soll wechseln. Die Kommission hat den Vertrag bis längstens 1. April 1909 fertigzustellen. Die nicht dem Verbands angehörigen, von ihm aber bisher vertretenen Gesellschaften sind berechtigt, dem Abkommen bis zum 15. Januar beizutreten.“

Gewerkchaftliches.

An die gesamte Tabakarbeiterchaft Deutschlands nebst ihren sämtlichen Hilfsgewerben!

Kollegen und Kolleginnen! Arbeitsgenossen!
Der Kongreß der Tabakarbeiter Deutschlands findet am 18. Januar 1909 in Berlin im Gewerkschaftshaus, SO. 16, Engelauer 15, statt. Derselbe beginnt vormittags 9 Uhr und wird höchstwahrscheinlich zwei, höchstens drei Tage in Anspruch nehmen. Ueber die Dauer desselben bestimmt selbstverständlich der Kongreß selbst.

Die seitens der Zentralkommission vorgeschlagene provisorische Tagesordnung lautet:

1. Konstituierung des Kongresses. (Wahl des Bureau, der Mandatsprüfungskommission, Festlegung der Geschäftsordnung usw.).
2. Die Vernichtung der gesamten Tabakindustrie und deren Nebengewerbe durch die seitens der Reichsregierung geplante Tabaksteuer-Mehrbelastung. Referent: A. v. Elm-Hamburg.
3. Berichte der Delegierten.
4. Anträge.

Zum Empfang der Delegierten in Berlin sind unsererseits vom Sonntag, den 17. Januar, früh 8 Uhr ab Kollegen, welche durch rote Schleifen kenntlich sind, an den Bahnhöfen aufgestellt. Da der Schlesische Bahnhof dem Kongreßlokal am nächsten liegt, ist es ratsam, daß diejenigen Kollegen, welchen dies möglich ist, ihr Bahnbillett bis dahin lösen.

Wir ersuchen nun, wo Delegierte zu diesem Kongreß noch nicht gewählt sind, dieses schnelligst nachzuholen. Die Bureau der Versammlungen, in welchen Delegierte gewählt worden sind, haben Mandatsformulare von ihren betreffenden Bezirksleitern zu beziehen, die seitens des Bureau auszufüllen und von demselben mit Unterschriften zu versehen sind. Die Bezirksleiter sind bereits im Besitze dieser Mandatsformulare. Die Delegierten des 15. Bezirks haben sich betrefss der Absforderung an den Unterzeichneten zu wenden. Jeder Delegierte hat bei dieser Meldung sofort mit anzugeben, ob Logis für ihn besorgt werden soll oder nicht.

Die Kosten der Delegation haben die betreffenden Orte selbst zu tragen. Alle Orte, in denen die Tabakindustrie nebst ihren Hilfsgewerben vertreten ist, müssen Delegierte senden. Sollte dieses aber doch nicht möglich sein, so wäre es mindestens angebracht, sich mit Nachbarorten wegen gemeinsamer Delegation zu verständigen.

Im Laufe dieser Woche sind an alle uns zugänglichen Adressen der einzelnen Orte sowie an sämtliche Bezirksleiter bezügliche Zuschriften ergangen, und bitten wir, in dem gewöhnlichsten Sinne Verfahren zu wollen.

Kollegen und Kolleginnen! Arbeitsgenossen!
Wenige Tage trennen uns vom Kongreß, und fordern wir Euch auf, noch diese wenigen Tage voll und ganz anzunehmen! Jeder tue seine Schuldigkeit!

Die Zentralkommission der Tabakarbeiter Deutschlands.

J. A.: Wilh. Voerner,

Berlin S. 42, Ritterstraße 15, parterre.

Alle Arbeiterblätter sind um Abdruck gebeten!

Berlin und Umgegend.

Der gelbe Sumpf.

In den Versammlungen, die sich am Dienstagabend mit dem „gelben Sumpf“ beschäftigten, kam der gerechte Zorn über die gelbe Niedertrachtigkeit zum Ausdruck. In einigen Versammlungen konnten es sich Anarchisten nicht verkneifen, ihrem Haß gegen Partei und Zentralverbände Ausdruck zu geben. Sie wurden in Rixdorf vom Genossen Handke und bei Keller vom Genossen Wels leicht und unter dem Beifall der ganzen Versammlung abgekan. Wenn man das Gebaren jener Eingänger betrachtet, muß man zu dem Schluß kommen: diese Leute sind entweder schlecht oder dumm! Dumm, weil sie nicht begreifen, was der Zweck der Versammlungen war, oder schlecht, weil sie den Zweck der Versammlungen zwar kannten, aber über den Kampf gegen den Feind der Arbeiterbewegung den Kampf gegen Partei und Gewerkschaft stellten. Ist das der Fall, dann sind diese Leute den Gelben gleich zu erachten. Die Versammlungen im Gewerkschaftshaus, wo Ritter sprach, bei Groterjan, wo Heßhold referierte, und auch die Versammlung bei Walschmieder, wo Giering das Gericht abhielt, waren, wie alle übrigen Versammlungen, äußerst imponant und zeigten alle das gleiche Bild der Empörung und Entrüstung über das Treiben des Lebins. Von der Versammlung in Moabit ist noch nachzutragen, daß Lebins als Disziplinordner geradezu ein Bild des Jammers bot. Unglaublich naives und unzusammenhängendes Zeug produzierte er in seiner Angst. In den Briefen selbst sprach er überhaupt nicht; er meinte nur, daß sei — Diplomatie! — Seine vollständig danebengehende Rede löste Gelächter aus, und schließlich wurde Herr Lebins ausgepfiffen. Bemerkenswert war, daß selbst seine Getreuen, die Lebins mitgebracht hatte, nach und nach mit in die Entrüstungseru gegen ihren Führer einstimmten. Als Cohen bemerkte, nach Kenntnisnahme der Tätigkeit des Herrn Lebins müsse jeder anständige Mensch von Lebins abrücken, wurde dieses buchstäblich von den in der Nähe des Lebins stehenden Arbeitern ausgeführt, so daß Lebins wie ein Geächteter vollständig isoliert darsah. Lebins am Schandpfahl! Geradezu dramatisch gestaltete sich der Schluß. Als Lebins seine läghliche Rede beendet hatte, blieb er stumm und steif stehen. Cohen fragte ihn, was er denn nun wolle, ob auf dem Podium bleiben oder hinuntergehen? „Fort möchte ich, aber Sie müssen mich hinausbringen; ich komme allein nicht heraus!“ antwortete Lebins mit weinerlicher Stimme. Cohen sagte: „Na, dann kommen Sie mit!“ und ging voran, Lebins einen Weg durch die dicht gedrängte Versammlung bahndend. Am Ausgang bemerkte er zu Lebins: „So, nun machen Sie, daß Sie fortkommen.“ Das ließ sich der gelbe Säupfing nicht zweimal sagen und er war im Augenblick verschwunden. Lebins stellte sich also unter den Schutz desselben Cohen, den er im „Bund“ „Dresch-Cohen“ nannte, desselben Cohen, dem Lebins im „Bund“ vorwarf, er habe Kaufmannbrüder gedungen, um „Gelbe“ zu verprügeln. Und dabei hatte dieser Mann einen Revolver in der Lederjackentasche stecken. Das Vereinsgesetz kümmert diese Ordnungstöße nicht, dafür behauptet er, andere beachteten es nicht. Man darf gespannt darauf sein, ob die Arbeitgeber, und besonders die Firmen Siemens u. Halske und Siemens-Schubert, sich nach diesem Volksgericht noch weiter mit Lebins einlassen werden.

Sobald die bürgerliche Presse von der Aufhebung der Gepflogenheiten des Führers der „Gelben“, des Lebins, Kenntnis genommen hat, beurteilt sie dieses Treiben. Eine Ausnahme macht natürlich die „Post“, die auf anderem Gebiete dieselben Aufgaben zu erfüllen hat, wie der Lebins als gelber Säupfing. Sie nimmt den Führer der Gelben in Schutz und verteidigt sich zu der Behauptung, daß die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften dieselben schädlichen Praktiken anwenden, wie sie dem Lebins nachgewiesen worden sind. Von der „Post“ war eine andere Haltung allerdings nicht zu erwarten.

Deutsches Reich.

Die Vertragsfähigkeit der Arbeitgeberverbände

Illustriert treffend eine Mitteilung der „Holzarbeiter-Zeitung“, des Organs des Deutschen Holzarbeiterverbandes, nach welcher es dem Schutzverbände für das Holzgewerbe, der Arbeitgeberorganisation, bisher nicht gelungen ist, den im Frühjahr 1908 in Leipzig gefällten Schiedsspruch für Frankfurt a. M., Darmstadt, Wiesbaden, Essen, Magdeburg, Luckenwalde und Poppo zur Anerkennung zu bringen. Die Arbeitgeber dieser Orte, zum Teil die Elite des Arbeitgeberverbands, verweigern ihrem Vorstande einfach die Gefolgschaft und lehnten den Schiedsspruch ab bzw. traten aus dem Schutzverbände aus, als sie die Abmachungen anerkennen wollten, die der Vorstand als bindend für seine Organisation anerkannt hatte. Höhnend bemerkt dazu die „Holzarbeiter-Ztg.“, daß damit der von der Arbeitgeberorganisation angeordnete Reichstaxi in weite Ferne gerückt sei. Wie die Arbeitgeber sich das Tarifverhältnis vorstellen, besagt ein Schreiben des Arbeitgeberverbands für das Holzgewerbe in Bayern z. d. Rh., Bezirksverband Fürth, das als Antwort auf eine Beschwärde der Holzarbeiter wegen erfolgter Abzüge erging.

Es wird darin unter anderem mitgeteilt: „Es soll jedem Unternehmer bis auf weiteres selbst überlassen sein, innerhalb seines Betriebes die Maßnahmen zu treffen, die ihm in Anbetracht der jetzigen schlechten Konjunktur zu seiner Selbsterhaltung für notwendig erscheinen.“

Natürlich bedanken sich die Holzarbeiter für solche Vertragskontrahten.

Handschuhmacher — Lederarbeiter.

Eine vom Vorstande des Handschuhmacher-Verbandes einberufene Konferenz tagte am 2. Januar im Gewerkschaftshaus. Sie hatte sich mit dem Anschluß an den Verband der Lederarbeiter (Weiß- und Ledergerber) zu beschäftigen. Nachdem sich die Lederarbeiter durch Urabstimmung für die Verschmelzung bereits entschieden hatten, gelangte auch die Konferenz zu dem fast einstimmigen Beschluß, den Mitgliedern diesen Schritt zu empfehlen. In der angenommenen Resolution wird ausgesprochen, daß die Verschmelzung gegenwärtig zwar keine absolute Notwendigkeit sei, daß aber in Anbetracht der in der Handschuhindustrie Platz gegriffenen Stagnation, die eine Ausbreitung des Verbandes nicht mehr wahrscheinlich erscheinen lasse, als eine Vorkehrung zu empfehlen ist, wenn sie sich unter würdigen Bedingungen vollziehen lasse.

Ausland.

Das Urteil gegen Gompers und Genossen.

Die obersten Beamten des amerikanischen Arbeitsunbes wurden jüngst zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt. Sie waren wegen einer Posttatsache angeklagt, die „Rückführung des Gerichts“ angeklagt; ein Richter in der Bundeshauptstadt Washington sprach sie schuldig und verurteilte den Präsidenten Gompers zu einem Jahre, den Vizepräsidenten Mitchell zu neun Monaten und den Sekretär Morrison zu sechs Monaten Gefängnis. Der Arbeiterbund hatte gegen die „Bud Stone and Range Co.“ (Fabrik für Feilen und Sägenmaschinen) einen Vorstoß angeordnet und den Namen der Firma in einer Postliste angeführt. Dagegen erhob die Gesellschaft Einspruch und erwirkte vom Gericht einen sogenannten „Einhaltsbefehl“ gegen das Vorgehen des Arbeiterbundes. Der Vorstoß bestand hauptsächlich darin, den Arbeiterbund daran zu hindern, Listen von Firmen und Arbeitgebern zu führen, vor welchen die Arbeiter gewarnt werden. Das Einhaltsverfahren wurde schon im August 1907 von der Firma angestrengt. Als das Gericht den Befehl erließ, den Namen der Firma aus der Postliste zu entfernen, da erklärte Gompers, daß er sich diesem Befehl nicht fügen würde. Offen wurde der Vorstoß fortgesetzt und darauf die Klage gegen Gompers und Genossen erhoben. Gompers stand unter 6000 Dollar, Mitchell unter 4000 Dollar und Morrison unter 3000 Dollar Bürgschaft. — Ehe der Richter das erwählte Urteil fällte, hielt er eine zweistündige Rede. Er sprach von der gewaltigen Macht, welche gegen die Kläger ausgehoben worden sei, von den zwei Millionen Mitgliedern des Bundes und dem Zwange, der auf sie von den Führern ausgeübt werde. Die Angeklagten sollten schuldig sein: 1. der Verschönerung zum Bruch von Kontrakten zwischen dem Kläger und anderen; 2. der Verletzung des Eigentums des Klägers; 3. der Behinderung des Geschäfts zwischen den einzelnen Staaten; 4. der Behinderung des Handels zwischen denselben. Besonders erhob er bei der Richter darüber, daß die Angeklagten durchaus „unbuzfertig“ seien und von ihrem „guten Rechte“ sprächen. Er führte aus, das Verhalten der Angeklagten untergrabe die Grundlagen der bürgerlichen Regierung, die Herrschaft des Gesetzes gegenüber Anarchie und Aufruhr. Es handle sich darum, ob die Herrschaft des Gesetzes anerkannt werden oder ob es unter die Füße eines ordnungswidrigen Gefindels (rabble) getreten solle.

Darauf nahm Gompers das Wort und verteidigte das Bestreben der Arbeiter, Listen abzusammeln, die ihnen auferlegt werden, das Unrecht abzuwehren und Rechte zu erlangen, die ihnen verweigert werden. — Das Urteil wird vor die höchste Instanz des Landes, das Oberlandesgericht, gebracht werden. In unserer Parteipresse wird der Fall lebhaft besprochen. Unsere Genossen sind sich darin einig, daß „zehn Jahre sozialistischer Predigten über das Klassenbewußtsein bei den amerikanischen Arbeitern nicht so viel ausrichten könnten, als dieses Urteil des Richters in Washington und seine Begründung“.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Ein Erfolg des Professoren-Austausches.

New York, 6. Januar. (N. S.) Professor Burges hielt eine öffentliche Vorlesung, in der er das vielbesprochene Kaiser-Interview durch die Umhände für vollständig gerechtfertigt erklärte. Die Vorträge klangen in einer Verherrlichung des persönlichen Vergnügens aus.

Lebendig begraben.

Brüssel, 6. Januar. (N. S.) In der Ortschaft Boorsheim in der Provinz Flandern stierte ein Landmann einen anderen Dorfbewohner und verscharrte die Leiche in seinem Garten. Dieser Nord hat vor ungefähr einem Monat starbgefunden. Ein Augenzeuge der Tat hat nunmehr die Polizei von dem Verbrechen in Kenntnis gesetzt. Die Polizei ließ im Garten des Landmannes nachgraben und fand dort auch die Leiche verscharrt. Ein Arzt konstatierte, daß der Verdachte nicht erkrankt worden ist, sondern daß man ihn lebendig begraben hatte.

Das Alte fürzt . . .

Madrid, 6. Januar. (N. S.) Die Kathedrale von Toledo, ein kunsthistorisch bedeutendes Monument, droht einzustürzen.

Sechster Parteitag der Sozialdemokratie Russisch-Polens.

Vor einigen Wochen hielt die Sozialdemokratie Russisch-Polens ihren sechsten Parteitag ab. Seine Arbeit war einer ganzen Anzahl von Fragen gewidmet, die ernstes Interesse der ausländischen Genossen verdienen und deren Lösung durch die Sozialdemokratie Polens ein gewisses Licht nicht nur auf die Situation in Russisch-Polen, sondern auch auf den Charakter der Partei wirft.

Den Bericht des Parteivorstandes über die in den letzten 2 1/2 Jahren geleistete Arbeit werden die deutschen Genossen demnächst in einem vom internationalen sozialistischen Bureau in französischer und deutscher Sprache ausgegebenen Bericht über den Stand der sozialdemokratischen Bewegung seit dem Amsterdamer Kongress finden, so daß wir uns hier ein Eingehen darauf ersparen können.

In der politischen Arbeit des Parteitages steht an erster Stelle die Diskussion über die politische Situation in Russland und die Aufgaben der Sozialdemokratie. Obwohl ein Teil der allgemeinen Sozialdemokratie Russlands, muß sich die polnische Sozialdemokratie selbständig auch mit den allgemeinen Fragen befassen, denn die allgemeine Situation im Reich findet in den speziellen politischen Verhältnissen Russisch-Polens eine eigenartige Modifizierung. Da die Masse der polnischen Genossen die russische Sprache und die russische Parteiliteratur nicht kennt und da die politischen Verhältnisse ein reges Zusammenleben mit der Gesamtpartei nicht erlauben, müssen die allgemeinen Fragen auf den polnischen Parteitagen selbständig erörtert werden. Die Diskussion zeigte, daß die polnischen Genossen dabei zu denselben Resultaten gelangen, wie die Mehrheit der Gesamtpartei Russlands. Und zwar ist die polnische Sozialdemokratie einig in diesem Standpunkte, während die russische Partei in die Volkswirtschaft und die Menschheit gespalten ist. Die Beurteilung der politischen Situation, wie sie in einer Resolution ausgesprochen wird, ist die folgende:

„Die Revolution ist auf den Kopf geschlagen. Ihre erste Epoche ist zu Ende. Trotz der Herrschaft der Konterrevolution, der Kriegsergebnisse und des Galgens, trotz der Niederwerfung jeder selbständigen Aktion der Arbeitermassen, trotz ihrer jetzigen gedrückten Stimmung, muß festgestellt werden, daß die Revolution ein großes Werk vollbracht hat. Sie hat die Gesellschaft in verschiedene politische Lager mit widerstrebenden Interessen geteilt, sie hat ihr Verhältnis zum Absolutismus offengelegt, wodurch sie die Grundlage zum Klassenkampf nicht nur auf ökonomischem Felde schuf. Sie zeigte nicht nur die Schwäche des Absolutismus dem Anprall der Volksmassen gegenüber, sondern auch die Macht der Aktion dieser Massen, speziell die Bedeutung der selbständigen Organisation des Proletariats. Sie weckte im Proletariat das Bedürfnis der Organisation, gab ihm eine ganze Menge organisatorischer und politischer Erfahrung, welche unter der Ägide, mit der die Konterrevolution jetzt Russland bedeckt, glimmen wird, bis sie in günstigeren Verhältnissen dem Proletariat neue Dienste leisten wird. Die Sozialdemokratie ist weit entfernt davon, aus Reaktion gegen den himmelhoch jauchzenden Optimismus, der zur Zeit der Siege der Revolution alle Hindernisse ersärfen wollte, jetzt in eine zu Tode betrieblige Stimmung zu verfallen, die auf die von der Revolution schon geleistete Arbeit mit Achselzucken blickt. Obwohl augenblicklich die Verhältnisse in Russisch-Polen noch schwieriger als in Russland sind, beharrt sie das Augenmaß und die Ruhe in der Beurteilung der verflochtenen Lage und der Zukunft. Sie schließt weder die Augen vor den Handlungen, welche gegen die Wiederbelebung der Revolution sprechen, sie in weite Ferne rücken oder auch verhindern können (die Agrarpolitik der Regierung, die Unterdrückung Russlands durch das ausländische Kapital usw.), noch läßt sie sich die auf die materialistische Geschichtsauffassung gegründete Erkenntnis rauben, daß die Revolution unumgänglich war: sie verweist auf den Zusammenprall der Interessen der bürgerlichen Entwicklung mit den gegenwärtigen politischen Formen Russlands. Im jetzigen Moment ist es dem Theoretiker unmöglich zu prophezeien, zu welchem Ausgange der Gegenstreit dieser Tendenzen führen wird: ob er nach einem längeren oder kürzeren Stillstande zum neuen revolutionären Kampfe der Massen führen wird oder ob die Entwicklung unter furchtbaren Leiden der Volksmassen den Weg der

Kleines feuilleton.

Die Banane. Wehr und mehr erobern sich die Erzeugnisse der Tropen den Weltmarkt. Was noch vor ganz kurzer Zeit ein seltenes Genussmittel der begüterten Klassen war, ist vielfach schon auf dem besten Wege, ein Nahrungsmittel des Volkes zu werden. Die Apfelsine, die noch vor einem Jahrzehnt eine verhältnismäßig teure Delikatesse war, möchte jetzt niemand mehr in den Wintermonaten entdecken, wo unser einheimisches Obst schon rar geworden ist. Selbst die Ananas dürfte nicht mehr lange den Reichen vorbehalten sein. Vor allem aber ist, wie wir einem Bericht des landwirtschaftlichen Sachverständigen beim kaiserl. Konsulat in Chicago entnehmen, der Apfelsine ein gefährlicher Konkurrent in der Banane erwachsen, die im letzten Jahrzehnt sich mehr und mehr den Weltmarkt erobert hat. Wenige Früchte schließen so viele Verwendungsmöglichkeiten in sich als die Banane, die neben einem angenehmen Geschmack auch einen bedeutenden Nährwert besitzt. Besonders in England und Nordamerika zieht die Banane bereits in den mannigfaltigsten Zubereitungen die Speisefarbe. Sie wird dort nicht allein roh gegessen, sondern auch gekocht, in Del gebraten, gedörrt. Neuerdings hat man sogar ein Verfahren erfunden, das es ermöglicht, aus dem Fruchtsaft der Banane ein vorzügliches Nahrungsmittel herzustellen, das aber zu bestimmten Gebilden, besonders Vishuit, sehr geeignet ist, und in der Sago-fabrikation einmal eine Rolle spielen wird.

Obwohl die Banane ein Anbaugewächs der Tropen ist, so ist sie doch in den gemäßigten Breiten heimisch; selbst im Tropengürtel wächst sie nur in den Gegenden, wo reichliche Bodenfeuchtigkeit und möglichst viele Niederschläge neben einer hohen Jahresdurchschnittstemperatur herrschen. Aber in den bevorzugten Gegenden, wie Mittelamerika, Indien und den kanarischen Inseln, liefert sie überaus reiche Erträge, ohne eine besondere Sorgfalt oder viel Arbeit zu erfordern. Die Stängel werden in den Boden gepflanzt und sich selbst überlassen. Sie wachsen sehr schnell, in 14 Monaten bereits kann zum ersten Male geerntet werden. Jeder Stamm, der bis zu 4 Meter hoch wird, trägt ein solches reiches Fruchtgebilde, an dem 100 bis 150, manchmal auch mehr Einzel Früchte sich befinden. Der abgerettete Stamm wird umgedreht, und aus dem Strunk entwickeln sich ein oder mehrere neue Stämme, die im nächsten Jahre von neuem Früchte tragen. Orkane und Ueberflutungen vermögen in den Pflanzungen kaum Schaden anzurichten. Die Hauptarbeit und das Hauptrisiko erwartet den Pflanzler zur Erntezeit. Wie fast alle tropischen Früchte sind auch die Bananen leicht dem Verderben ausgesetzt. Deshalb müssen die Fruchtstolben vor der Reife vom Baume genommen und möglichst schnell zum Versand gelangen; auf der Reise und am Bestimmungsorte reifen sie dann erst völlig aus. Sie erfordern daher auch eine besondere Verpackung, die sie vor der Hitze schützt. Das ist auch der Grund, warum der Bananenbau nur auf großen Plantagen betrieben werden kann, die sich die zum schnellen Versand notwendigen Feldbahnen und Spezialdampfer selbst beschaffen können. Die meisten Plantagen sind in der Hand von Aktiengesellschaften, die zur Erntezeit einen besonderen Dampferdienst mit den großen Dampfschiffen Europas und Nordamerikas einrichten. In den Vereinigten Staaten betrug der Import 1897 15 Millionen Fruchtstolben, im Jahre 1907 stieg er

„Regenerierung“ Russlands in preussischer Weise nehmen wird. Wenn dies vom theoretischen Standpunkte aus ungewiß ist, so ist es vom Standpunkte der sozialdemokratischen Politik unabweisbar, daß die Sozialdemokratie alle ihre Kräfte anspannen muß, um die revolutionäre Tendenz zu fördern. Einer der wichtigsten Faktoren dieser Tendenz ist der revolutionäre Kampf der Arbeiterklasse und die Sozialdemokratie muß den breitesten Volksmassen immer wieder klarlegen, daß die Erreichung wahrhaftig demokratischer Zustände in Russland nur auf dem Wege freier Revolution möglich ist, daß der Sieg nur im offenen Kampfe vom Proletariat ausgefochten werden kann. Sie muß ihm klarlegen, daß es in diesem Kampfe nicht auf die Hilfe der städtischen Bourgeoisie, sondern nur auf die Unterstützung der revolutionären ländlichen Demokratie rechnen kann. Und wie komisch es auch in den Ohren liberaler Erfolgspolitiker klingen mag, als Ziel des Kampfes kann nur die Republik mit der Autonomie Polens gelten. Die Resolution empfiehlt dem Proletariat die Ausnutzung aller illegalen und legalen Gelegenheiten zum Aufbau der Organisationsformen, die sich in der Revolution so gut bewährt haben, zum Gebrauch aller bisherigen Kampfmethoden je nach den Umständen.

Im Zusammenhang mit dieser Stellungnahme steht das Verhältnis zu den beiden Richtungen in der russischen Sozialdemokratie und zur sozialdemokratischen Dumafraktion. Die Sozialdemokratie Russisch-Polens unterstützte während der ganzen Periode der Revolution die sogenannte Bolschewiki-Richtung.

Die Neigung der Bolschewiki für den offenen Kampf bewaffneter Gruppen gegen die Regierung gefiel der polnischen Sozialdemokratie freilich nicht, ebensowenig, daß die Bolschewiki die Taktik der Arbeiterklasse alszuweilen von der Rücksicht auf das Bauerntum bestimmen ließen. Aber diese Differenzpunkte sind durch die weitere Entwicklung der Bolschewiki immer mehr zurückgetreten, und jetzt konnte der Parteitag feststellen, daß die Sozialdemokratie Polens künftig mit den Bolschewiki Hand in Hand — wenn auch unter Wahrung ihrer Selbständigkeit — gehen kann.

An der Tätigkeit der sozialdemokratischen Dumafraktion übte der Parteitag scharfe Kritik; er stellte fest, daß in ihr der sozialdemokratische Charakter zu wenig hervortrat, er bekämpfte die Illusion einer „positiven“ Arbeit im Hause der Konterrevolution und forderte die Fraktion zur Entfaltung sozialdemokratischer Agitation in der Duma und außerhalb derselben auf. Er beauftragte den polnischen Parteivorstand, der Fraktion Material über die Verhältnisse in Russisch-Polen zuzustellen, damit sie auch der polnischen Arbeiterbewegung dienen kann. Der Parteitag verwarf entschieden den Gedanken an die Mandatsniederlegung der Fraktion, der in gewissen russischen Parteifreien Anhänger findet.

Die Diskussion über die Gewerkschaftsfrage gab ein trauriges Bild der Lage der Gewerkschaften in Russisch-Polen. Zertrümmert sind nicht nur die sozialdemokratischen illegalen, sondern auch die von der P. P. S. gegründeten neutralen legalen Gewerkschaften. Auf dem Plage sind nur die von der Nationaldemokratie gegründeten geblieben und sie haben einen nicht kleinen Mitgliederstand. Der Parteitag schärfte den Parteigenossen ein, daß es ihre Pflicht ist, alles zu tun, um den Kern unserer Gewerkschaften zu erhalten. Den Gewerkschaften gab er den Rat, ihre Unterhaltungsstätigkeit auf Streiks und Inhaftierungen zu beschränken. Wenn die Möglichkeit der Legalisation eintreten wird, dann sollen die Gewerkschaften sie sich nach gemeinsamer Beratung und im Kontakt mit den Parteinstanzen zunutze machen. Der Parteitag erinnerte sie jedoch auch daran, daß sie die Legalisation nicht mit dem Verzicht auf ihren Kampfescharakter erlassen dürfen. Was die Frage des Verhältnisses der legalisierten Gewerkschaften zur Sozialdemokratie betrifft, so legte der Parteitag darauf Gewicht, zu erklären, daß das Prinzip einer organisatorischen Verbindung zwischen beiden, das als Konsequenz des Prinzips der Einheit der Arbeiterbewegung nach vor dem Stuttgarter internationalen sozialistischen Kongress für Polen realisiert wurde, sich vortrefflich bewährt hat, daß auch die legalen Gewerkschaften auf Umwegen eine Verbindung mit der Partei schaffen und sozialdemokratische Agitation treiben müssen.

Die Gründung von Genossenschaften wurde von der Mehrheit des Parteitages im jetzigen Moment für Kräftebergendung erklärt.

Einmütig wurde eine Resolution angenommen, die das Verhältnis der Sozialdemokratie zum linken Flügel der P. P. S.

auf 45 Millionen. Vor fünf Jahren war die Banane in Europa noch ziemlich unbekannt, 1907 wurden aber allein nach England 7 Millionen Fruchtstolben eingeführt.

Die Bilderspämer im Reichstag. Angelo Janis Reichstagsbilder sind am Mittwoch aus dem großen Saale entfernt worden — auf Rimmerwiedersehen. Der Seniorenlombent soll es so beschaffen haben. Herr Krenndt, der große Kunstbanane, hat also gesiegt. Da die Angelegenheit im Plenum des Reichstages und auch in der Öffentlichkeit noch weiter behandelt werden wird, verzichten wir heute darauf, die uns unbekannt Motive des Seniorenlombents zu wägen. Wenn es aber richtig ist, wie die „Korresp. Wort“ behauptet, daß auch Ernst Gobelins in irgend einem Winkel verstauben und daß Janis Bilder daselbst das Schicksal haben sollen, so muß die Ausschüßungskommission dafür gebührend verantwortlich gemacht werden. Wenn sie ohne Zählung mit ihren Auftraggebern Bilder usw. in Auftrag gibt und abnimmt, die diesen nachher nicht gefallen, so mag sie sie auch zahlen. Ob im übrigen das Kunstverständnis des Reichstages seine sonstigen Qualitäten übersteigt, soll uns für heute nicht beschäftigen. Kein Bild der Welt wird in den unruhigen Brunst des Wahllokales passen. Ob Janis Bilder schlechter waren als die etwa folgenden? Historische Bilderbogen zu bestellen, war der erste Fehler, der alle anderen nach sich zog. Man hätte die Künstler zu einer freien Konkurrenz ohne Zwang auffordern sollen, vielleicht hätte der Reichstag dann dekorative und monumentale Bilder bekommen. Aber ohne dynastischen Humbug geht's ja bei uns nicht. Daß man aber in Deutschland über St. Sedan stolpern kann, ist das nicht eine nette Ironie?

Das vertiefte Familienleben. Was für gemüthliche Gesellschaften unser deutsches Volk unter sich hat, die seinen geheimsten Einblicke Ausdruck verleihen (und so herzlich), beweist folgendes vom „Kunstwart“ veröffentlichte Zirkular:

„Sehr geehrte Frau! Gestatten Sie uns, Ihnen die herzlichsten Glückwünsche zu dem freudigen Ereignis in Ihrer Familie zu übersenden. Wir haben aus ähnlichem Anlasse eine hübsche edle goldene Brosche mit edler Perle und Stein anfertigen lassen, welche auf der Rückseite die Inschrift trägt: „Zur Erinnerung an mein Jüngstes“. Wir senden Ihnen dieses hübsche Schmuckstück gerne frei zur Ansicht zu und stellen nur die Verbindung, es unfrankirt zurückzusenden, wenn dasselbe nicht Ihren Beifall findet. Diese Brosche, deren Wert über 18 Mark beträgt, liefern wir im Interesse unserer Bestrebungen zu etwa 1/4 des realen Wertes. Diese Brosche wird auf unsere Anregung in den feinsten Kreisen getragen.

Hochachtungsvoll
Direktor Otto Medentin
Bureau zur Vertiefung des Familienlebens
Berlin SW., Charlottenstraße 97.

Das Bureau scheint uns einem wirklichen Bedürfnisse abzuhelfen. In der kapitalistischen Dege haben gar viele Leute keine Zeit und kein Talent mehr, ihre Familienleben selbst zu vertiefen. Da man für Geld alles haben kann, warum nicht auch etwas fürs Gemüt, sagt sich der Mann, der das Nötige dazu hat. Und kauft sich einen Hausfeger, die Klafferei oder Otto Medentins echten Bruchschmuck zu 1/4 des wirklichen Wertes,

(Polnisch-Sozialistische Partei) unverändert läßt. Wie bekannt, spaltete sich die alte P. P. S., die das Programm der Unabhängigkeit Polens der Arbeiterklasse aufbilden wollte, in zwei Parteien. Die eine blieb bei der alten Lösung und kompromittiert in Polen die sozialistische Fahne durch eine anarchische Taktik von Ueberfällen auf Regierungsinstitutionen, Kassen usw. Diese Richtung kommt — nach dem Ausdruck der Resolution — als sozialistische Partei überhaupt nicht in Betracht. Die zweite machte sich vieles aus den Erfahrungen der drei letzten Jahre zu nütze. Sie sah, daß es in Polen keine sozialen Schichten giebt, die für den Kampf um die Unabhängigkeit Polens zu gewinnen wären, und sie ließ das Programm der Unabhängigkeit Polens fallen. Sie sah, daß der Kampf gegen den Juremismus nur als Klassenkampf siegen kann und daß die Ueberfallstatistik, das Gründen von Kampfesorganisationen den Klassenkampf lähmt, und sie verwarf diese Taktik, die sie bisher gemeinsam mit dem anderen Flügel befolgte. Sie sah, daß der Kampf die polnische Arbeiterklasse mit der russischen in eine Klemme zusammenzweigt und sie entäuerte sich des nationalitären Misstrauens, mit dem die alte P. P. S. der russischen Arbeiterklasse und der russischen Sozialdemokratie gegenüberstand. Über diese Entwicklung ist doch noch nicht weit genug gedenkt, um alle Differenzpunkte zwischen ihr und der Sozialdemokratie Polens auszugleichen. Aus diesem Grunde verwarf der Parteitag der Sozialdemokratie den — übrigens von keinem einzigen Delegierten unterstützten — Gedanken der Vereinigung mit dem linken Flügel der P. P. S.

Schließlich muß noch die Annahme einer Resolution über die Frage der Autonomie Russisch-Polens erwähnt werden. Sie erklärt zur Förderung der Autonomie im Programm der Sozialdemokratie, daß die Autonomie als Konsequenz der kapitalistischen Entwicklung Russisch-Polens zu fordern ist, während die bürgerlichen Parteien und der linke Flügel der P. P. S. die Autonomie als Abschlagszahlung auf die Unabhängigkeit betrachten. Die Grenzen der Autonomie sieht die Sozialdemokratie Polens in allen ökonomischen, sozialen und politischen Angelegenheiten, die die Grundfragen des staatlichen Lebens und die Interessen des ganzen Proletariats Russlands betreffen.

Das ist in gedrängter Form die politische Arbeit des 6. Parteitages der Sozialdemokratie Russisch-Polens. Wir brauchen kaum zu sagen, daß die Unerschrockenheit der unter den schrecklichsten Umständen arbeitenden Genossen die Resultate dieses Parteitages in die Arbeiterwohnungen Russisch-Polens tragen wird, daß die Partei mit Tätigkeit und Mautherkundbarkeit weiter arbeiten wird, um die glorreichen Tage des Moskauer Aufstandes — dessen dritten Jahrestag wir eben haben — in größerem Umfange der Welt wieder vor Augen zu stellen. Sie wird die politischen Gedanken, die hier in Grundzügen niedergelegt sind, dem Gehirn des polnischen Proletariats einzuverleiben trachten, damit es durch Taten der internationalen Arbeiterwelt zeige, daß die totegebotene Revolution lebt. Diese sozialdemokratische Arbeit ist jetzt wieder den Augen der ausländischen Genossen erschwunden; sie ist aber nicht verschwunden, sondern nur in die stillen Gänge des unterirdischen Polens hinuntergestiegen, aus denen sie — wenn die Glocke erklingt — als Arbeiterkraft zum Licht des Tages emporsteigen und die Mauern der Jarenbasille niederreißen wird.

Aus Industrie und Handel.

Viehbestand und Schlachtungen in Preußen.

Die neuen Handelsverträge haben zweifellos für mittlere und kleinere Viehhaltungen Anreiz zur Steigerung der Viehzucht gegeben. Andererseits veranlaßten die gewaltig hinaufgeschwollenen Preise vermehrt zu Verkäufen von Beständen, die dadurch reduziert wurden. Als Effekt der beiden treibenden Faktoren ergibt sich nach der Viehzählung vom 2. Dezember 1907 im Vergleich mit früheren Zählungsergebnissen eine nur geringe Zunahme, teilweise sogar ein Rückgang der Viehbestände. Am stärksten ist die Zunahme bei Ferkeln und den diversen Sorten von Feln; bemerkenswert ist der Rückgang bei Schweinen, der 1,09 Proz. ausmacht, was bei gleichzeitigem Wachstum der Bevölkerung eine nicht unwesentliche Verminderung des Bestandes bedeutet.

Nachfolgend geben wir eine Zusammenstellung aus den nun veröffentlichten Erhebungsergebnissen.

Humor und Satire.

Ein Sieg der guten Sache. Gegen das Gift der Sozialdemokratie, das leider den Volkkörper immer mehr durchseucht, war bisher ein Glied dieses Körpers ganz immun, — die Kriegervereine. Da konnte die Sozialdemokratie nichts ausrichten, wenn sie mit offenem Bissler austrat. Deso eifriger war eine unterirdische Böhlerarbeit am Werke; man wollte das Gift auf heimlichen Schleichwegen einschmuggeln. Und heinh wäre das lichteue Teufelwerk gelungen. Die Kriegervereine haben Fahnen; und wie alle Dinge in der Welt ihre zwei Seiten haben, eine gute und eine schlechte, so auch diese Fahnen. Die gute Seite ist die Haupt- oder Paradeseite, die den preussischen Adler trägt. Und gerade hier zeigte die abscheuliche Böhlerarbeit ein. Gewisse dumme Einflüsse machten sich geltend, und ehe man ihren Ursprung erkannte, gelang ihnen an vielen Stellen ihr häßlicher Plan: Viele Vereine ließen sich vom Linken umgarnen und befestigten die Paradeseite ihres Fahmentuches mit dem linken (psui!) Kande am Fahmentuch. Aber die Preuler wurden bald entlarvt. Jetzt hat eine Kabinettsorder befohlen, daß das Tuch mit dem rechten (dem Königstreuen) Kande am Fahmentuch befestigt werden soll. Gott sei Dank!

Neujahrseier in Preußen. „... Und nun, meine Herren, das neue Jahr hurrah! hurrah! hurrah!“
(Jugend*)

Notizen.

— Musikchronik. Ostler Fried ist von der Leitung des Wäthner-Orchesters zurückgetreten. — Die populären Konzerte des Wäthner-Orchesters, die von jetzt ab Sonntag abends stattfinden, werden, wie die Direktion mittelst, auf Wunsch des Publikums ohne Restaurationsbetrieb vor sich geben. — Für die Sonntagskonzerte des Charlottenburger Schillertheaters, die am 17. Januar beginnen, werden Abonnementhefte (6 Konzerte zusammen für 2 und 3 M.) ausgegeben.

— Umland-Abend. Die diesjährige Reihe der Dichter- und Tonichter-Abende im Charlottenburger Schiller-Saal wird Sonntag, den 10., 8 1/2 Uhr, mit einem Umland-Abend eröffnet.

— Eine gefälschte Geschichtsurkunde. Lepten Sommer machten zwei altägyptische Skarabäen Kuffchen, die auf ihrem Rücken von einer unter König Racho um 600 v. Chr. unternommenen Fahrt um Afrika berichteten. Sie wurden indes auf dem Historikerkongress, der im Herbst in Berlin tagte, als Fälschungen nachgewiesen. Die Weltgeschichte war um eine interessante Lattage ärmer, dafür ist die Skandalchronik jetzt um eine pikante reicher geworden. Als Ueberbeter dieser Fälschungen wurden in Paris Frau und Sohn des verstorbenen Ägyptologen Gourmont ermittelt. Sie hatten die Skarabäen — die heiligen Mistkäfer der Ägypter, die ein wohl unterrichtetes Berliner Blatt für Mistkäfer ausgibt — von einem Pariser Bildhauer anfertigen lassen und dann an die Kgl. Preussische Museen für 10 000 Franken verkauft, natürlich mit dem Vorbehalt, daß sie für echt erklärenden Gutachten der Pariser Akademie der Wissenschaften.

Es wurden gezählt:

Table with 4 columns: Category, 1907, 1908, and Change. Rows include: Geflügel überhaupt, Viehhaltende Haushaltungen, Pferde, Maul- und Seidenzucht, etc.

Die frühere Zählung bezieht sich auf Geflügel überhaupt, Pferde, Rindvieh, Schafe und Schweine auf die Zählung vom 2. Dezember 1906, für Ziegen auf die Erhebung von 1904, für die übrigen Viehgattungen auf die Resultate der Zählung im Jahre 1900.

Abgesehen von den vollstren Fellen, zeigt sich nur bei Ziegen, der Kuh des kleinen Mannes, und bei Federvieh, dessen Zucht in nicht landwirtschaftlichen Haushaltungen stärker in Aufnahme gekommen ist, eine bemerkenswerte Zunahme des Bestandes.

Hält die ungünstige Entwicklung der letzten Zeit als Folge des hohen Preisstandes für Vieh weiter an, dann würden die neuen Handelsverträge auch nach dieser Richtung Wirkungen zeigen, die nicht nur vom allgemeinen sozialen, sondern auch vom sogenannten nationalen Standpunkt bedauert werden müßten.

Aus den Bemerkungen der Statistischen Korrespondenz, durch welche die Entwicklung unseres Erachtens teilweise eine zu optimistische Beurteilung erfährt, sei folgendes hervorgehoben:

Beachtung verdient zunächst die Zunahme der viehhaltenden Haushaltungen. Zur Vergleichung muß man das Jahr 1900 heranziehen, da damals zum letzten Male der Viehstand in demselben Umfange wie 1907 ermittelt wurde.

Was nun die Pferde betrifft, so zeigt sich die stärkste Vermehrung von 1906 auf 1907 bei den jüngsten Altersklassen; von 1904 auf 1906 war es umgekehrt, allgemein sind indessen die Verschleibungen im Pferdebestande überhaupt nicht bedeutend.

Andrerseits haben gerade die jüngsten Altersklassen diesmal eine so geringe Vermehrung (nur 0,72 Proz.) erfahren, daß die Verschleibung vielleicht nicht ungerechtfertigt ist, es möchte in naher Zukunft an ausreichendem Nachwuchs fehlen.

Die Schafe haben seit 1906 um ein Geringes abgenommen; jedoch hat sich die jüngste Altersgruppe stark vermehrt. Vielleicht liegt darin ein Hinweis darauf, daß die seit Jahrzehnten anhaltende, aber immer langsamer werdende Abnahme des Bestandes an Schafen demnächst zum Stillstande kommen wird.

Der Rückgang der Zahl der Schweine betrifft lediglich die jüngste Altersklasse. Sie ist wohl nur eine Folge der Ueberproduktion in den Zeiten der rasch steigenden Schweine- und Schweinefleischpreise und kann nicht ungunstig beurteilt werden.

Die Zahl der Ziegen hat seit 1904, wo sie zum letzten Male vor 1907 erhoben wurde, langsam zugenommen; für die Unterabteilungen fehlt es an einer Vergleichsmöglichkeit.

Das Federvieh hat sich seit 1900 durchweg außerordentlich stark vermehrt. Zum weitesten größten Teile handelt es sich um Hühner, nächst dem um Gänse, während Enten und namentlich Truthühner nur schwach vertreten sind.

Bei den Wientstöcken ist zwar ein kleiner Rückgang der Zahl seit 1900 eingetreten; er betrifft aber nur die weit weniger wertvollen Stücke ohne bewegliche Waben, ist also nicht sonderlich zu bedauern.

Daß eine ziemlich starke Zunahme der Schlachtungen die Bestände reduziert hat, ergibt die folgende Zusammenstellung. Es wurden geschlachtet:

Table with 4 columns: Category, 1906, 1907, and Change. Rows include: Rindvieh, Schafe, Schweine, Ziegen.

Die Uebersicht enthält Angaben über die Schlachtungen, die im preussischen Staate in den letzten 12 Monaten vor der Viehzählung stattgefunden haben. Bekanntlich wurde gelegentlich der Viehzählung vom 2. Dezember 1907, wie es auch schon im Jahre 1904 geschah, die Zahl sämtlicher in den letzten 12 Monaten vor der Zählung vorgekommenen sogenannten „Hauschlachtungen“ erfragt.

Aus der Frauenbewegung.

Frauen als Verteidiger in Bayern.

Aus München wird gemeldet: Durch Verfügung des Justizministers werden 50 Frauen an den bayerischen Gerichtshöfen zur Verteidigung zugelassen werden.

Das Heiratsrecht niederländischer Lehrerinnen.

Einflussreiche Kreise des niederländischen Bürgertums, welche als Liberale verschiedener Schattierung, geben jetzt ihre ganze Sorge für die Volksschule dadurch kund, daß sie die verheirateten Lehrerinnen aus den Schulen gänzlich zu verdrängen suchen.

unter dem Vorwand, daß Lehrerinnen die verheiratet sind, entweder zu Hause oder in der Schule ihre Pflicht nicht in vollem Maße erfüllen könnten. In den Gemeinden hat man den Anfang damit gemacht. In Rotterdam hat der Gemeinderat beschlossen, daß verheiratete Lehrerinnen in der Regel entlassen werden sollen, jedoch wird man von Fall zu Fall entscheiden.

Der Niederländische Lehrerverband, der jetzt 5016 männliche und 2494 weibliche Mitglieder zählt, hat sich auf seiner kurz vor Neujahr abgehaltenen 33. Jahresversammlung mit allen gegen 2 Stimmen für eine energische Agitation gegen die Entlassung verheirateter Lehrerinnen ausgesprochen.

Gerichts-Zeitung.

Aus einer Armenkommission.

Vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte (Abteilung 145, unter dem Vorsitz des Amtsgerichtsrats Wolner) wurde am Mittwoch eine private Beleidigungssache verhandelt, die durch Streitigkeiten zwischen Mitgliedern der Armenkommission 125c (Teil vom „Süßowviertel“) veranlaßt worden war.

Von Interesse für weitere Kreise ist eigentlich nur der äußere Anlaß des ganzen Streites. Die Kommission hatte über eine arme Frau, die sich für unterstützungsbedürftig hielt, ein Gutachten des Armenarztes Jungmann II (Vohovstrasse) einholen zu sollen.

Der Vorsitzende Herr Schreiber, über die Angelegenheit zu referieren. Als nun Schreiber in seinem Referat die abfälligen Äußerungen Schumachers über das Gutachten des Arztes erwähnte, sprang Schumacher erregt auf, rief dazwischen, es sei eine Unverschämtheit, in Gegenwart des Arztes das zu erzählen, und forderte, daß dem Redner das Wort entzogen werde.

Wander wird wissen wollen, was schließlich aus der armen Frau geworden ist, die den unschuldigen Anlaß zu dem ganzen Prozesse gebildet hat. Hat man der hilflosen Greisin, die dem Herrn Schumacher als noch erwerbsfähig galt, die Unterstützungsbedürftigkeit zugestanden oder abgeprochen? Durch die Gerichtsverhandlung wurde diese Frage nicht beantwortet.

Verfahren gegen Jugendliche.

Seit einiger Zeit sind auch im Moabit Kriminalgerichtsgebäude Jugendgerichtshöfe in Kraft getreten, d. h. an bestimmten Tagen werden vor zwei Strafkammern ausschließlich Straffachen verhandelt, in denen sich die Anklage gegen jugendliche Missetäter richtet.

Der 12jährige Georg Sch. hat mit dem noch prosumündigen Schüler B., der jetzt in der Erziehungsanstalt in Zehlendorf untergebracht ist, einen Einbruchsdiebstahl verübt. Die beiden Schwächlichen knipste, die den Einbruch von achtzigjährigen Ananden machten, wollten gerne ein Erkesei in Weissensee mitmachen.

Die beiden Schwächlichen knipste, die den Einbruch von achtzigjährigen Ananden machten, wollten gerne ein Erkesei in Weissensee mitmachen. Die Mutter gab nichts, da sie selbst nichts hatte. Der 10jährige B. aber wollte Rat. Aus dem Patentverfugung einer Bierlaffe fertigte er einen regelrechten Dietrich an.

Die Angelegenheit wurde zum ersten Male von einer Bestimmung der Strafprozessordnung Gebrauch gemacht, nach der auch Landgerichtstextre als Verteidiger jugendlicher Angeklagter auftreten können.

Die Angelegenheit wurde zum ersten Male von einer Bestimmung der Strafprozessordnung Gebrauch gemacht, nach der auch Landgerichtstextre als Verteidiger jugendlicher Angeklagter auftreten können.

Beleidigung des Gewerbegerichts.

Schmerzliche Beleidigung des Vorsitzenden des Rixdorfer Gewerbegerichts führte gestern den Kaufmann Grunewald aus Rixdorf vor die Strafkammer des Landgerichts III. Der Angeklagte betreibt seit Jahren ein seiner Frau gehöriges Putzgeschäft, in welchem auch Lehrlinge ausgebildet werden.

- Centralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands, Bezirk Berlin. Heute abend 9 Uhr Altes Bürgerhaus, Schöneberg, Dönhofsstr. 107: Vortrag. Gäste willkommen.
- Verband der Freireisenden Deutschlands, Zweigverein Berlin und Beroritz. Heute abend 9 1/2 Uhr Rosenhaller Straße 11/12: Versammlung und Vortrag.

Eingegangene Druckschriften.

- Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 15. Heft des 27. Jahrgangs erschienen. Es hat folgenden Inhalt: An der Tagesschwelle. — Die elektrische Revolution der Gegenwart. Von R. Rasmussen. — Abschaffung aller indirekten Steuern aus der Sicht der Gemeinden. Von Karl Ulrich (Offenbach a. M.). — Zur Reform der Strafprozessordnung. Von Hugo Deinemann. — Literarische Rundschau: Dr. Ludwig Reuberdt, Von Redellen zum Menschen. Band I: Die Geschichte der Erde. Band II: Das Leben der Erde. Von ev. S. Protopopoff. Rabotschoko d'wischenkoje u Germanii. Von N. Iwanow. George's Sorol. La decomposition du Marxisme. Von A. P. Heintz. Die Arbeiterfrage. Von K. K. — Rollen: Unzufrieden und Maschinenarbeit. Von Richard Weid. — Helfschiffenklub.
- Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Speditionen zum Preise von 2,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann diebeide bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.
- Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.
- Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns soeben der Nr. 7 des 12. Jahrganges zugegangen. Sie hat folgenden Inhalt: Zu neuem Sturm! — Der Arbeiterinnenklub im Verein des Reichstags. II. Von Gh. — Deutschland im Jahre 1908. I. Von H. B. — Großstadtljugend und Großstadtelend. Von m. w. — Zur Lage der weiblichen und jugendlichen Arbeiterinnen in Baden. III. Von Th. H. — Die Brombeerkrautfrage. Von G. G. — Zur Lage der Arbeiterinnen in der Schokolade- und Nahrungsmittelindustrie. Von H. W. — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gemeinlichliche Rundschau. — Vom Verband der Buch- und Steindruckereiarbeiter und -arbeiterinnen. — Notizen: Dienstbotenfrage. — Frauenarbeit aus dem Gebiete der Industrie, des Handels und Verkehrswesens. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Frauenstimmrecht. — Die Frau in Ostindien. — Die Frau in Ostindien.

Kolonial-Handels-Adressbuch 1909. Herausgegeben vom Kolonialwirtschaftlichen Komitee. 250 M. Berlin, Unter den Linden 42.

Patentgesetz und Erfindernotwehr. Herausg.: Wlgen. Erfindernotwehr. 150 M. Kapital und Erfindung. Schönerberg, Prinz-Georgstraße.

Die Sozialdemokratie im bad. Landtag 1907/08. Handb. für die Landtagswahlen 1909. 122 Seiten. Druck: Ged. u. Gie. Karlsruhe i. B. Aus Wald und Feide. Von D. Wink. 110 Seiten. A. Sponholz, Hannover.

Die Luftbahn. Herausg.: Luftbahngesellschaft Marburg. 23 Seiten. R. G. Ewer, Marburg.

Lehrbuch für den Oberbergamtsbezirk Dortmund. 1907/08. Geb. 12 M. G. D. Völder, Essen a. d. Ruhr.

Der Kampf. Heft 4. Sozialdemokratische Monatschrift Österreichs. 50 Heft. Wien, Karlsplatz 99.

Wasser-Verhältnisse von J. Kropff. 2,50 M. R. Gröber u. Gie. Wien, Sebelberggasse 30.

Karl Marx über die menschliche und kapitalistische Wirtschaft von Dr. G. v. Gumbel. 1,50 M. G. Bohn, Berlin.

Der Vorkurs- und Schiedsverfahren. Von Dr. E. Schla. 1,20 M. G. Franz, München.

Die Umkehr. Nr. 1, 1909. Herausg.: J. D. Beschold. Geschäftsstelle: Frankfurt a. M., Neue Kräme 19/21.

Vom Urtier zum Menschen von Dr. R. Günther. 15.-20. Lieferung. Von Lieferung 1 M. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart.

Der Zoogeograph. Ein Vortrags- und Lehrbuch von Dr. F. Heder. 1,50 M. R. G. v. Gumbel, Berlin.

Die politische Polizei der Schweizischen Eidgenossenschaft. Von Dr. J. Langbard. 7,50 M. Stämpfli u. Gie., Bern.

Witterungsüberblick vom 6. Januar 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometere-höhe mm	Wind-richtung	Windstärke	Wetter	Stationen	Barometere-höhe mm	Wind-richtung	Windstärke	Wetter
Emmende	773	SW	2	Dunst	Darmstadt	769	S	2	bedeckt
Darmstadt	774	SW	3	bedeckt	Heidelberg	762	WS	3	bedeckt
Berlin	775	S	4	bedeckt	Stettin	774	WS	3	wollig
Frankfurt a. M.	776	SW	1	Nebel	Aberdeen	772	WS	3	bedeckt
München	777	S	1	Nebel	Paris	777	SW	1	bedeckt
Wien	776	WS	2	bedeckt					

Wetterprognose für Donnerstag, den 7. Januar 1909.
Mild, jedoch vorwiegend kräfte und neblig mit leichten Regenschauern und mäßigen westlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten
Der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am		seit		Wasserstand	am		seit	
	5. 1.	4. 1.	5. 1.	4. 1.		5. 1.	4. 1.	5. 1.	4. 1.
Remel, Mühl	177	177	0	0	Saale, Großh.	110	110	0	0
Bregel, Ansternburg	15	15	0	0	Qavel, Spandau	63	63	0	0
Beichel, Thern	100	100	0	0	Kathom	70	70	0	0
Oder, Ratibor	85	85	0	0	Spree, Sarnenberg	72	72	0	0
Strosen	109	109	0	0	Berstrom	72	72	0	0
Hennfurt	101	101	0	0	Weyer, Rinden	69	69	0	0
Sartze, Schrimm	90	90	0	0	Weyer, Rinden	69	69	0	0
Landberg	29	29	0	0	Weyer, Rinden	69	69	0	0
Rege, Borsanna	112	112	0	0	Weyer, Rinden	69	69	0	0
Eibe, Seimritz	112	112	0	0	Weyer, Rinden	69	69	0	0
Tredben	197	197	0	0	Weyer, Rinden	69	69	0	0
Barbo	25	25	0	0	Weyer, Rinden	69	69	0	0
Wagdeburg	4	4	0	0	Weyer, Rinden	69	69	0	0

+) + bedeutet Wuchs, - Fall. - ? Unterpegel. - ? Eisstand.
*) Teilweis. - ? Grundbeisteben.

Gür den Inhalt der Inserate
übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Donnerstag, 7. Januar.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königliches Opernhaus. Cavalleria rusticana. Verheiratet.
Königliches Schauspielhaus. Räuber.
Deutsches. Revolution in Krakau.
Kammetzspiele. Der Graf von Gleichen. (Anfang 8 Uhr.)
Anfang 8 Uhr.

Residenz-Theater.
- Direktion: Richard Alexander. -
Abends 8 Uhr:
„Kümmere Dich um Amelie.“
Schwank in drei Akten (vier Bildern) von Georges Feydeau.
Morgen u. folgende Tage: Kümmere Dich um Amelie.
Sonntag, 10. Jan., nachm. 3 Uhr:
Der Neph im Ohr.
Gastspiel-Theater
Köpenicker Straße 63. 6 1/2 Uhr:
Gastspiel Fräulein Hedwig Lange:
Zaza.
Abends 8 Uhr:
Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Die Kinder des Kapitän Grant.
Freitag: Abende Berliner.
Sonabend nachm. 4 Uhr: Frau Holle. Abends: Die Kinder des Kapitän Grant.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Othello.
Abends: Abende Berliner.
Montag: Abende Berliner.

DR. FRANZ ROSE THEATER
Dr. Franzluster Str. 122.
Abends 8 Uhr:
Brüderlein fein.
Volkstheater mit Gesang in 5 Akten von Holzhof. Musik von Leo Fall.
Wochentagsvorstellung.
Freitag: Die Entsetzten.
Rixdorfer Theater
Bergstraße 147.
Sonntag, den 10. Januar 1909:
Der Weg zum Herzen.
Aufspiel in 4 Akten von Ad. L'Arrango.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Passage-Theater.
Abends 8 Uhr!
Willi Agoston
in der tollen Danteske
Berlin im L. L.
(Berlin im leuchtenden Luftschiff)
: und das grandioso :
Januar-Programm.
10 erstklass. Nummern!

Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.
Israel.
Morgen und folgende Tage:
Israel.

Theater des Westens.
Abends 8 Uhr:
Der tapfere Soldat.
Mittwoch und Sonnabend nachm. 4 Uhr keine Preise: Dorarischen.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Donnerstag, 7. Januar, Anf. 8 Uhr:
Sujarenfieber.
Donnerstag: Sujarenfieber.
Freitag: Sujarenfieber.
Sonabend nachm. 4 Uhr: Robin-son Crusoe. Abends: Sujarenfieber.
Berliner Theater.
Heute 8 Uhr:
Einer von unsrer Leut.
Morg.: Herodes und Marianna.

Hebbel-Theater
Königsplatz Str. 67/68. Anf. 8 Uhr.
Erde.
Neues Operetten-Theater.
Schiffbauerdamm 25. a. d. Luisenstr. Abends 8 Uhr:
Die Dollarräuberin.
Operette in 3 Akten von Leo Fall.
Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Die glücklichste Zeit.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Eine Nilfahrt bis zum zweiten Katarakt.

Schiller-Theater.
O. (Wallner-Theater.)
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Kontesse Guckerl.
Aufspiel in 3 Akten von Franz von Schönthan und Franz Koppel-Feld.
Freitag, abends 8 Uhr:
Kontesse Guckerl.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Die Braut von Messina.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Charleys Tante.
Schwank in 3 Akten von Brandon Thomaz.
Freitag, abends 8 Uhr:
Charleys Tante.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Ein Volksfeind.

Zirkus Schumann.
Heute Donnerstag, den 7. Januar, abends 7 1/2 Uhr:
Gr. brillantes Galaprogramm. - Sensation über Sensation.
„Paet“, der unübertreffliche vierbeinige Radfahr-Champion.
Mit Smith mit ihren einzig dastehenden seillaufenden Pferden.
Dir. Schumanns neueste Originaldressuren! Sämtl. neuen Spezialitäten u. Attrakt. Z. Schluss: Der Cioa der Saison! Das Prachtmanageschauspiel **Golo, der Seeräuber und Mädchenhändler**

Grand-Hotel-Festsäle
Am Alexanderplatz. 8. Jährl. J.
Jeden Sonntag und Dienstag: (2161b)
Hamburger Sänger.
Anfang Sonntags 6 1/2 Uhr, wochentags 8 Uhr.
Vorzugskarten haben wochentags Gültigkeit.

Brauerei Friedrichshain.
Heute Donnerstag und folgende Tage:
Große Münchener Bockbierfeste
München in Berlin
veranstaltet von dem berühmten, bestbekanntesten Festwirt Schorsch Ehrengraber aus München Original-Oberländer Schupplattlerorchester.
Bedienung durch zirka 25 Oberbayr. Mad'ln in Nationaltracht. **Neuestes: Schorsch mit dem Riesenschiff „Zeppelin“.**
Anfang 8 Uhr. Entree 20 Pf.
Avis! Morgen, Freitag: Damen-Schönheits-Toiletten-Konkurrenz.
Prämierung: 1. Preis 50 M., 2. Preis 30 M., 3. Preis 10 M.

Opolo Theater
8 1/2 Uhr: Zeit haben der größte und stärkste Schläger!
Onkel Casimir.
Operette von Max Winterfeld.
Dazu ab 8 Uhr: Das Attraktionsprogramm mit La belle Alozia, Pils 777 Goldene Armbrüste v. Berlin, internationales Radrennen unter dem Protektorat von Professor J. Boese.

Stadt-Theater Moabit.
Größter und vornehmster Theater-saal Moabits.
Alt-Moabit 48. (Tel. II 2192)
Donnerstag, den 7. Januar 1909:
Papageno.
Poffe in 4 Akten von Rudolf Kneffel.
Auf. d. Borch 8. Aufführung 7 Uhr.
Konzert 7 1/2 Uhr.
Nach der Vorstellung: Ball.
Montag, 11. Januar: Solos der fünfzig Sänger.

Bürgerliches Schauspielhaus
Kastanienallee 7-9.
Das Käthchen v. Heilbrunn.
Schauspiel in 5 Akten von G. v. Kleist.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Morgen: Zum ericaumal:
Die Goldgrube.
Südtürliche Gistbahn. - Bis 12 Uhr nachts geöffnet. Großes Konzert. „Eislauf im Spreewald“. Abends 9 und 10 Uhr Konzerte erster Violinstimmen und Klavierinnen.

Schiller-Theater.
O. (Wallner-Theater.)
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Kontesse Guckerl.
Aufspiel in 3 Akten von Franz von Schönthan und Franz Koppel-Feld.
Freitag, abends 8 Uhr:
Kontesse Guckerl.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Die Braut von Messina.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Charleys Tante.
Schwank in 3 Akten von Brandon Thomaz.
Freitag, abends 8 Uhr:
Charleys Tante.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Ein Volksfeind.

Zirkus Schumann.
Heute Donnerstag, den 7. Januar, abends 7 1/2 Uhr:
Gr. brillantes Galaprogramm. - Sensation über Sensation.
„Paet“, der unübertreffliche vierbeinige Radfahr-Champion.
Mit Smith mit ihren einzig dastehenden seillaufenden Pferden.
Dir. Schumanns neueste Originaldressuren! Sämtl. neuen Spezialitäten u. Attrakt. Z. Schluss: Der Cioa der Saison! Das Prachtmanageschauspiel **Golo, der Seeräuber und Mädchenhändler**

Grand-Hotel-Festsäle
Am Alexanderplatz. 8. Jährl. J.
Jeden Sonntag und Dienstag: (2161b)
Hamburger Sänger.
Anfang Sonntags 6 1/2 Uhr, wochentags 8 Uhr.
Vorzugskarten haben wochentags Gültigkeit.

Brauerei Friedrichshain.
Heute Donnerstag und folgende Tage:
Große Münchener Bockbierfeste
München in Berlin
veranstaltet von dem berühmten, bestbekanntesten Festwirt Schorsch Ehrengraber aus München Original-Oberländer Schupplattlerorchester.
Bedienung durch zirka 25 Oberbayr. Mad'ln in Nationaltracht. **Neuestes: Schorsch mit dem Riesenschiff „Zeppelin“.**
Anfang 8 Uhr. Entree 20 Pf.
Avis! Morgen, Freitag: Damen-Schönheits-Toiletten-Konkurrenz.
Prämierung: 1. Preis 50 M., 2. Preis 30 M., 3. Preis 10 M.

Opolo Theater
8 1/2 Uhr: Zeit haben der größte und stärkste Schläger!
Onkel Casimir.
Operette von Max Winterfeld.
Dazu ab 8 Uhr: Das Attraktionsprogramm mit La belle Alozia, Pils 777 Goldene Armbrüste v. Berlin, internationales Radrennen unter dem Protektorat von Professor J. Boese.

Stadt-Theater Moabit.
Größter und vornehmster Theater-saal Moabits.
Alt-Moabit 48. (Tel. II 2192)
Donnerstag, den 7. Januar 1909:
Papageno.
Poffe in 4 Akten von Rudolf Kneffel.
Auf. d. Borch 8. Aufführung 7 Uhr.
Konzert 7 1/2 Uhr.
Nach der Vorstellung: Ball.
Montag, 11. Januar: Solos der fünfzig Sänger.

Bürgerliches Schauspielhaus
Kastanienallee 7-9.
Das Käthchen v. Heilbrunn.
Schauspiel in 5 Akten von G. v. Kleist.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Morgen: Zum ericaumal:
Die Goldgrube.
Südtürliche Gistbahn. - Bis 12 Uhr nachts geöffnet. Großes Konzert. „Eislauf im Spreewald“. Abends 9 und 10 Uhr Konzerte erster Violinstimmen und Klavierinnen.

Freie Volksbühne
Ordnersitzung
Sonnabend, den 9. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus.
Einige Neumeldungen zu den Nachmittags-Abteilungen werden noch in den Zahlstellen angenommen.
Aufführungen:
Nachmittags: Abends:
Neues Schauspielhaus:
Rabagas. | Die Sünde.
Nächste Serie im Herrfeld-Theater:
Der Probekandidat.
Drama in 4 Akten von Max Droyer.
Der Vorstand.
In Vertr.: G. Winkler.

WINTERGARTEN
Neues Programm!
Fragson
der polyglotte Vortragskünstler am Klavier in seinem Repertoire.
Olga Desmond
die Berühmtheit der Schönheitsabende in ihrer neuen Schöpfung u. 10 ausserordentliche Januar-Attraktionen
Sonntag, den 10. Januar:
Nachmittags - Vorstellung.
Kleine Preise. Anf. 3 Uhr.

XIV. Saison!
Zirkus Busch.
Donnerstag, den 7. Januar 1909, abends nach 7 1/2 Uhr:
Große Gala-Wohltätigkeits-Vorstellung.
Um 8 1/2 Uhr:
Lebendig begraben!
Mit Surajah, der weltliche Fakir!
Das Moto-Baby! (Wunsch ob. Gruppe 7)
Das Wacotte Trio. Olyricien von Alfred Daniels. Herr Richard-Foottit, Schulleiter Herr Ernst Schumann, Orth.-Dressuren. Dr. Vollstahst, Witzreiter. Bouquet u. Bonetti, Reitanfänger. U. 9 1/2, U.:
! Barbarossa !

Palast-Theater
Burgstraße 24, 2 Minuten vom Bahnhof Börse.
Das Monstre-Januar-Programm.
12 Attraktionen 12
unter anderen:
Athos, der beste Degenkünstler der Welt, Inhaber der Weltmeister-schaft u. 101 Auszeichnungen.
Morton, der amerikanische Hestler, der und Kellen-sprenger.
Zum 1. Male in Deutschland.
Ada Marcell, Preisgekrönte Schönheit.
Am Brunnen vor dem Tore.
Volkstheater mit Gesang in 1 Akt.
Familienarten, halbe Preise, wochentags überall gratis.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Dill. Oranienstr. 16.
Narziß
oder: Der Sturz d. Pompadour.
Charaktergemälde in 5 Akten.
Anfang 8 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.
Sonnabend: Geschlossen.
Sonntag: Narziß.

Casino-Theater
Lothringers Str. 87. Täglich 8 Uhr.
Nur noch bis 21. Januar!
Heber 70 Mal an der Hand!
Die Dianabäder.
Ab Freitag, den 22. Januar
Neu! „Kußland“ Neu!
Sonntag 4 Uhr: Mutter Gräbert.

Sanssouci, Koltbusser Straße 6
Direktion Wilhelm Kolmer.
Heute Dienstag:
Neues Programm.
Dr. Elite-Soiree Tanz-Kränzchen
von
Hoffmanns Nordd. Sängern
kolossal Erfolg des neuen Programms.
Beg. Sonn. 5. wochent. 8 U.

Königstadt-Kasino.
Hofmarktstr. 72.
Das Neuen-Januar-Programm!
Franz Sobanski
Fr. Biborn, Witz, Lola, G. Bohn, Hoff-Holand, The Vardors, The Sundermanns, Doppel-Red.
Am Brunnen vor dem Tore.
Volkstheater von Otto Richter.
Mittwoch, Sonnabend, Sonntag:
Tanz nach der Vorstellung.

Folies Caprice.
Durchschlagender Erfolg!
Ein lediger Cheemann.
Anfang 8 1/2 Uhr.



Singer Nähmaschinen.
Einfache Handhabung! 57522*
Große Haltbarkeit! Hohe Arbeitsleistung!
Weltausstellung Paris 1900: Weltausstellung St. Louis 1904.
Unentgeltlicher Unterricht, auch in moderner Maschinerie.
Elektromotoren für Nähmaschinenbetrieb.
Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
Berlin W., Leipzigerstr. 92. Filialen in allen Städten.

Walhalla-Variete-Theater
Weinbergsweg 19/20, Rosenh. Tor.
Abends 8 Uhr: Die glänzenden Jahres-spezialitäten. Der amrit. Radfahrer Olok, Salto Mortale über eine mit Personen besetzte Drochste u. d. übrige gr. Programm.
Im Tunnel: Rogimontokapelle.
Theaterbesucher hab. freien Eintritt

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalfeste. Am Sonnabend, den 9. Januar, veranstaltet der Rauchsclub „Vorderbund“ im „Kaiserhof“ in Zehlendorf (Z. B.) einen Maskenball: ein gleiches Fest arrangiert am 20. Januar die „Sparkasse der L. A. B.“ (Arbeiter der Telegraphen-Apparat-Werkstatt des Reichspostamts) im „Landesberger Kasino“, Berlin, Landesberger Str. 89. Beide Lokale stehen der Arbeiterkassen zu Versammlungen nicht zur Verfügung und ersuchen wir, dies bei etwaigem Willensangebot genau zu beachten. Die Lokalkommission.

Grünau. Sonnabend, den 9. d. M., abends 9 Uhr, im Lokale des Genossen Franz Köpferstr. 58: Generalversammlung. Auf der Tagesordnung steht: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Bericht des Vorstandes und der Funktionäre. 3. Neuwahl des Vorstandes und sämtlicher Funktionäre. 4. Vereinsangelegenheiten. 5. Verschiedenes. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder erwartet Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Internationale Wohltätigkeit.

Die Welt des großen Vortemponaires feiert seit acht Tagen im Fahrwasser der Gebelau. Sie hat die günstige Gelegenheit, öffentlich mit dem „goldenen Herzen“ zu glänzen, beim Schopfe ergriffen. Die internationale Wohltätigkeit, zu prächtigem Brillantfeuerwerk entfacht, schießt wahre Purzelbäume. Alles, was auf dem Geldsack sitzt, wetteifert darin, zu beweisen, was er auf einen Hieb und ohne eigene Schmerzen zur Linderung fremder Schmerzen hergeben kann. Mit einem Schlage hat der Reichtum erlirmt und — gezeigt, was er für das grauigste Massenelend leisten kann, wenn er will und wenn von dem Glanze eilten Goldes noch ein erklecklich Teil reflektiert auf den höchstehenden Ehrenschild. Das weltberühmte edle deutsche Herz ging wie immer mit Goldmampf voraus. Wo „Deutschland über alles“ nicht dabei ist, kann heutzutage kein Kraut mehr wachsen. Schon häuften sich zu kleinen Bergen die guten deutschen Banknoten, die ins „gefraste“ Reich der unsicheren Bundeskantonsisten entführt werden sollen. Oder spricht neben der Sucht, dem lieben Jäh zu huldigen, diesmal auch, ganz schuldigern noch ein klein wenig hohe Politik mit? Will man mit Goldlitz den fatalen Riß diesseits und jenseits der Alpen zusammenkleistern? Der deutsche Michel wäre ja nicht das erste Mal derjenige, welcher seinem Spottnamen alle Ehre macht. ... Wertlose Herrschaften, legen Sie gefälligst unjener Moralpredigt keine unedlen Motive unter. Wir, die wir mit jedem Blutstropfen auf dem Boden der Solidarität wandeln, sind die letzten, der soeben lippig emporgeschossenen Hilfsfreudigkeit der ganzen Welt entgegenzueifern zu wollen. Nur dem Uebermaß an Gebelau, dem planlosen Reich-tum von Summen, die sich zu enormer Höhe türmen und angesichts der Not im eigenen Lande einen Raub an der Heimat bedeuten, gilt unsere ernste Mahnung. Bitte, schlagen Sie sich doch mal an Ihr sogenanntes gutes Herz und fragen Sie sich, ob der empfindlichste aller Muskel auch so wider geschlagen hat, als deutsche Brüder unter deutschen Trümmern in Sekundenschnelle ihr schauriges Grab fanden. Sie sagen — so etwas Furchtbares hat es bei uns noch nicht gegeben? Ihr Gedächtnis ist zu kurz, Verehrteste, wenn es Arbeitern im Vaterlande gilt, vaterlandslosen Gesellen! Wo blieb da Ihre Solidarität mit dem Reichstum? O ja doch, man hat gegeben und hat geholfen. Es ist noch stets bei jedem Massenunglück, bei dem die Grubenmagnaten und die Schlotbarone oder auch andere Gewaltigen schuld waren, zum Sammeln gelassen und das Massenelend mit goldenen Almojen überbrückt worden. Doch unter denen, die jetzt, wo der Tod seinen mehr zum Leben erweckt, mit „braunen Pappen“ herumwerfen, sei es aus Großtuererei oder aus Furcht vor Vergeltung, waren auch stets solche, die es fertig brachten, den einzelnen Unglücklichen erbarmentlos von der Schwelle zu jagen, ihn als Bettler und Landstreicher der „ausgleichenden“ Staatsgewalt zu überliefern. Das ist eure Wohltätigkeit in der wahren Gestalt, die Masse des guten Herzens vom Gesicht gerissen. Sollen wir auch an Echterdingen erinnern? Oder an Raddod? Hier fünf Millionen für ein Braut — dort der fünfte Teil davon für Tausende von Witwen und Waisen und arbeitslosen Familienvätern! Dem Genie neiden wir's wahrlich nicht, doch dem Elend der Massen sei dasselbe gegönnt, soll man nicht zweifeln am rechten Wert und an der rechten Absicht der Gabe der Reichen. Hunderttausende sind obdachlos und hungern auch in deutschen Gauen. Nicht von dämonischer Naturgewalt in ihr Elend getrieben — nein, von der schmerzlichen, mitleidlosen Hand der Herrschenden. Und was die Bestehenden jetzt mit vollen Händen für unglückliche Fremde übrig haben, davon verweigern sie den hundertsten Teil der eigenen Stammes-berwandtschaft.

Hürwahr — das böse, unbergessene Wort von den vaterlandslosen Gesellen — es rächt sich auch jetzt wieder bitter und trifft haarsträubend auf jene Geldsackpropheten zu, die fremde Not, mag sie auch noch so sehr des Mitleids wert sein, über die Not im Vaterlande stellen.

Zum Strafregister der Pflichtfortbildungsschulen. In Ergänzung des Artikels „Aus den Strafregistern der Pflichtfortbildungsschulen“ in Nr. 3 sei noch eine Strafkategorie genannt, die in der VI. Pflichtfortbildungsschule und in ihren Filialen von den Lehrern verhängt werden muß und kann. Es ist das Nachsitzen am Schlusse des Unterrichts, das einmal in jeder Woche stattfindet und zwar namentlich für Zuspätkommen. Oft kommt es dabei vor, daß ein Schüler ganz schuldlos am Zuspätkommen ist. Wird er vom Herrn Direktor oder vom Dirigenten erwischt, so heißt es einfach: „Eine halbe Stunde nachsitzen!“ Man bedenke, was das nach sitzendem Unterrichte für den jungen Mann bedeutet, der dazu vielleicht noch einen zweiten Weg nach Hause hat. Ist es da zu verwundern, wenn er unter Umständen lieber schwänzt, als vielleicht noch ungeschuldigerweise eine halbe Stunde länger in der Schule zu sitzen. Gleichzeitig ist das Nachsitzen eine Strafe für den Lehrer, der gerade dran ist, die Nachsitzenenden zu überwachen. Ordnung muß sein, und zur Pünktlichkeit müssen auch die Pflichtfortbildungsschüler erzogen werden, aber angesichts der weiten Schulwege, die infolge der Zentralisation der Schüler nach Verufen viele Lehrtage zurücklegen müssen, ist ein Zuspätkommen nicht immer zu vermeiden. Sehr viele Schüler müssen die Strafmaßnahmen benutzen, so weit haben sie es, da kommt doch leicht ein Verkehrs-hindernis vor, oder ein Wagen ist besetzt und der nächste kommt erst in einer Viertelstunde.

Ueberhaupt brauchte viel weniger gestraft werden, wenn nicht so viel verbohrt und angeordnet würde. So müssen z. B. in der

VI. Pflichtfortbildungsschule die jungen Leute das Haupt entblößen, wenn sie das Schulhaus betreten. Wo wird sonst ein solches Ansehen an einen Menschen gestellt. Man nimmt den Hut ab, wenn man in den Klassenraum tritt, das gebietet sich, aber auf Treppen und jugigen Korridoren behält sonst jedermann den Hut auf. Dann wird angestrichelt darauf gehalten, daß die Schüler das Schulhaus zu Treuen verlassen. Solche pedantischen Anordnungen sind wohl in der Schule am Platze, aber in der Fortbildungsschule könnte man sie sich gern sparen. Man sollte es den jungen Leuten merken lassen, daß man sie nicht mehr wie Schulkinder behandeln will, sie werden sich dann schon von selbst für das Entgegenkommen durch anständiges Betragen dankbar zeigen. Es würde das ein verständiges Eingehen auf die eigentümliche Pflanze des Jünglings in den Jahren, in denen er sich als Mann zu fühlen beginnt, bedeuten. Sucht man ihn aber in dieser Zeit einzuengen, dann sucht der Temperamentvolle zu rebellieren. Das Unterlassen eines liebevollen Eingehens auf das eigentümliche Seelenleben eines aus der Schule Entlassenen ist ein Grund dafür, daß manche Lehrer zur Prügelstrafe ihre Zuflucht nehmen. Und dann noch eins. Der Lehrer muß seinen Schülern imponieren durch sein Können und Wissen. Er muß ihnen wirklich etwas bieten können, dann wird er nicht über mangelhafte Disziplin zu klagen haben, und dann wird auch der Pflichtfortbildungsschüler an seinem Teile mit dazu beitragen, daß er so wenig wie möglich zu fehlen braucht. Und was vom einzelnen Lehrer gilt, das gilt auch von der ganzen Institution. Sobald die Pflichtfortbildungsschule wirklich auf der Höhe steht, so daß Meister und Lehrende durchdrungen sind von der Ueberzeugung, die Pflichtfortbildungsschule ist allen Zeiten ein Segen, sobald werden sich auch die Strafen erheblich verringern. All die vielen Schreibereien, Termine und Formulare werden dann von selbst unnötig werden. Heute ist hierzu ein Aufwand von Schreiberei und Papier nötig, daß einem ein Grauen ankommen kann.

Die Futtermittel für Kinderwaisenhäuser. Mit Bezug auf § 130 der Polizeiverordnung des königlichen Polizeipräsidenten in Berlin vom 16. März 1902, betreffend den Verkehr mit Kuhmilch und Sahne im Landespolizeibezirk Berlin, bringt der Polizeipräsident nachstehend das Verzeichnis derjenigen Futtermittel, welche im Jahre 1909 an Kinderwaisenhäuser verabsolgt werden dürfen, zur Kenntnis der beteiligten Kreise: 1. Weizen; 2. Stroh von Halmfrüchten; 3. gute, unverfälschte und nicht verdorbene Roggen- und Weizenkleie; 4. gutes, unverfälschtes und unverborenes Hafer-, Gersten- und Roggenstroh; 5. Weizenmehl in vorzüglicher Qualität; 6. getrocknete Viehtreber in vorzüglicher Qualität; 7. Steffens Original-Zuckermais in vorzüglicher Qualität. Alle anderen Futtermittel sind verboten.

Berliner Kislvereine für Obdachlose. Im Monat Dezember 1908 nützigten im Männer-Hilf 21 045 Personen, wovon 9025 badeten, im Frauen-Hilf 4552 Personen, wovon 2370 badeten.

Verlängerung einer Straßenbahnlinie. Eine wichtige Linie der Straßenbahn wird am Donnerstag, den 7. Januar, verlängert. Die Linie 78 Frankfurter Allee—Wilmersdorf geht jetzt über den Potsdamer-, Wilmers-, Kante- und Ludwigsparkplatz bis zum Ollivier-Platz. Diese Linie wird durch die Kantener Straße bis zur Ecke der Strandenburgerstraße verlängert. Der Gesamtfahrpreis beträgt 10 Pf., die Fahrzeit beträgt 66, Sonntags 60 Minuten. Die Abfahrt von der Frankfurter Allee von 5.51 an. Der letzte Wagen geht von Wilmersdorf 2.02, an Sonntagen 2.13.

Woll er zu klein war, deshalb wurde der Arbeiter F., der sich anfangs Dezember bei den städtischen Gaswerken in Tegel mit anderen Personen um Arbeit bemühte, abgewiesen. Der Arbeiter F. ist 1,57 Meter groß und hat also reichlich das Soldatenmaß, macht auch sonst den Eindruck eines recht arbeitsfähigen Mannes. Es wäre interessant, zu erfahren, welche Größe eigentlich in den städtischen Gaswerken ein einzuhaltender Arbeiter haben muß. Unserer persönlichen Meinung nach scheint es sich wohl im vorliegenden Falle um einen Willkürakt des mit der Annahme von Arbeitern betrauten Beamten zu handeln; um ist nicht bekannt, daß die Verwaltung der städtischen Gaswerke besondere Grundsätze bezüglich der Größe der anzunehmenden Arbeiter aufgestellt hat.

Arbeitslosigkeit und Steuerbehörde. Staat und Kommune versichern fortgesetzt, nach Möglichkeit alles zu tun, um die Arbeitslosigkeit zu mildern. In der Praxis ist davon nicht viel zu bemerken. Aus gehen Mitteilungen zu, aus denen ersichtlich ist, daß von Arbeitslosen die Steuerbeträge ohne viel Federlesens recht rüchloslos eingetrieben werden und daß auch Besuche von Arbeitslosen im Erlaß der Steuer durchaus nicht das Wohlwollen finden, das man in der gegenwärtigen Zeit walten lassen will. Aus unserm Leserkreis schreibt man uns hierzu: „Es heißt zwar: „Wer ein steuerpflichtiges Einkommen nicht erreicht, braucht Steuern nicht zu zahlen.“ Der Weg aber, der zu diesem Ziele führt, ist oft recht dornenvoll und erfordert für diejenigen, die ihn beschreiten, eine wahre Kammedgeduld. Folgendes Beispiel möge davon Zeugnis ablegen. Ende November v. J. erhielt ich die Aufforderung, die fällige Steuer für das laufende Quartal zu zahlen. Infolge längerer Arbeitslosigkeit — ich hatte seit dem 1. Oktober ganze zwölf Tage gearbeitet — konnte ich diesem Verlangen natürlich nicht nachkommen, glaubte vielmehr auf Grund dieser unwillkürlichen Ruhe von der Steuer in diesem Quartal befreit zu werden. Mit diesem Gedanken begab ich mich nach der Veranlagungskommission in der Jüdenstraße und trug dort meine Sache vor. Der Beamte erklärte mir darauf: „Wenn Sie einen Antrag um Erlaß der Steuer stellen wollen, müssen Sie ihn auch genügend begründen können. Das Gesetz aber schreibt in diesem Falle eine ununterbrochene zehnwöchentliche Arbeitslosigkeit vor. Einen solchen Antrag kann ich also nicht aufnehmen, weil die vorgeschriebenen Bedingungen nicht erfüllt sind.“

Siehst Du, das schadet Dir nichts, dachte ich mit etwas Selbstverachtung, warum bist Du nicht schon länger arbeitslos. Auf meine Bemerkung: daß dann ja nur noch 8 Wochen vom Quartal übrig bleiben, ein Einkommen von 8 Wochen, das in günstigsten Fall 90 M. beträgt, aber doch unmöglich mit 8 M. befreit werden kann, antwortete der Beamte: „Es ist leider so. Wenn Sie es aber wünschen, kann Ihnen die Steuer vielleicht auf 4 Wochen gestundet werden.“ Eine Galgenfrist also von vier Wochen schien mir wenig annehmbar und ich sagte: daß dadurch nichts geholfen sei, weil Aussicht auf Arbeit gegenwärtig wenig vorhanden ist und daß ich es dann auf einem anderen Wege versuchen möchte, zu dem von mir gewünschten Ziel zu kommen. „Zun Sie, was Sie nicht lassen können!“ war die Antwort. Ich ging. Nun wandte ich mich direkt an die Steuerdeputation mit einem Schreiben, in dem ich meine Verhältnisse darlegte und mich erbot, den tatsächlichen Beweis zu erbringen, und ersuchte wiederum um Erlaß der Steuer für das laufende Quartal. Antwort: bis jetzt keine! — Inzwischen ist das Quartal zu Ende gegangen. Der Steuererheber wird immer „aufdringlicher“ und mahnt energisch, die Schuld einzulösen, bis eines Tages der „blaue Mann“ auf der Wildstraße erscheint und erklärt: „Entweder zahlen oder — pflanzen.“ Alle

Vorstellungen helfen nichts, unbarmherzig waltet der Mann seines Amtes.

Zu letzter Stunde wende ich mich an die zuständige Steuerkasse meines Bezirks, trage meine Sache vor, verweise darauf, daß ich mich bereits mit einer Eingabe an die Steuerdeputation gewandt einen Bescheid hierüber aber noch nicht erhalten habe, und ob die Sache von hier aus nicht beschleunigt werden könnte. „Ja, das befragt die Veranlagungskommission, da müssen Sie nach der Jüdenstraße gehen!“ lautete die Antwort. Du lieber Himmel, denselben Weg noch einmal betreten, der mir als aussichtslos bezeichnet wurde: — Unmöglich! Als ich darauf sagte, daß der Vollziehungsbeamte zum Zwecke der Pfändung bereits in meiner Wohnung war, antwortete der Mann: „Da können wir Ihnen leider nicht helfen, da müssen Sie schon das Schicksal über sich ergehen lassen. Das einzige, was wir hier tun können, ist, daß Ihnen die Steuer vielleicht auf 14 Tage gestundet wird. Aber da müssen Sie erst einen dementsprechenden schriftlichen Antrag einreichen.“ Ich dankte für den zweifellos gutgemeinten Rat, der ebenfotut auch keiner war, und ging. Auf dem Heimwege philosophierte ich über das Thema: „Alle eure irdischen Güter werdet von euch und opfert sie auf dem Altar des Vaterlandes.“

Die Ehrenbezeugungen der Berliner Schulkente. Anlässlich der bevorstehenden Ueberfiedelung des kaiserlichen Hofhaltung nach Berlin und der damit verbundenen häufigeren Anwesenheit von Würdenträgern und höherer Militärs wird den Schulleuten die Art der Ehrenbezeugungen ins Gedächtnis zurückgerufen. Nach der Dienstvorschrift machen die Schulleute „Front“ vor dem Kaiser und der Kaiserin, den Prinzen und Prinzessinnen des kaiserlichen Hauses, dem Reichskanzler, dem Ministerpräsidenten, dem Minister des Innern, dem Polizeipräsidenten von Berlin und dessen Stellvertreter und vor dem Kommandeur der Schutzmannschaft. Zu großen Anlegen der Hand an die Kopfbedeckung sind: der Gouverneur und der Kommandant von Berlin, die Generale und Admirale, die Flügeladjutanten des Kaisers und die dienstlichen Vorgesetzten.

Nun braucht man um die Sicherheit in Berlin keine Sorge mehr zu haben.

Zu dem Mord in der Mariannenstraße wird mitgeteilt, daß die Leiche der Frau Martha Bierwogen nach Aufnahme des Befundes in der Nacht um 12 Uhr nach dem Schaulhaus gebracht wurde. Wegen tausend Menschen hatten sich um diese Zeit vor dem Hause angeammelt. Wie der Gerichtsarzt Medizinalrat Dr. Hoffmann feststellte, hat die Ermordete zwei tödliche Messerstiche erhalten. Der eine stieß unterhalb des linken Schlüsselbeins und hat wahrscheinlich die Lungenarterie getroffen, der andere unter dem Brustbein. Der Mörder hat nach den Blutspuren die Frau überfallen, während sie an der Kochmaschine stand. Diese und die Wund sind mit Blut bespritzt. Eine starke Spur des Blutes, das an dem Hemde herunterließ, zeigt den Weg, auf dem die tote von der Maschine nach dem Bette gelchleift wurde. Bierwogen hat sich früher in PoLand aufgehhalten. Man vermutet deshalb, daß er verurteilt wird, dorthin zu entkommen. Er ist 1 Meter 72 1/2 Zentimeter groß und schlank, hat blaue Augen, lädenhafte Zähne und einen rötlich blonden Schnurrbart. Der Mörder hat einen erheblichen Rorripung, da die Tat nach ärztlichem Gutachten bereits zwölf Stunden vor der Ueberführung verübt worden war. Der Beweggrund ist nach dem Ergebnis der Ermittlungen Streit um Geld.

Opfer der Arbeitslosigkeit. Am Treptower Bahnhof erschossen hat sich vorgestern abend der 24 Jahre alte Schneider Hermann Schramm. Er war insofern andauernder Arbeitslosigkeit wohnungslos geworden. Auf der Suche nach Beschäftigung langte er gestern abend in Treptow an. Am Bahnhof jagte er sich in der Verzweiflung eine Revolverkugel in die rechte Schläfe und war auf der Stelle tot.

Variétéprogramms.

Im Apollotheater hat soeben ein internationales Kabarett um die goldene Armbrunde begonnen, zu welchem die bestauntesten Kennfahrer gemeldet sind, wie Kobl, Krenb, Jaquelin, Boris, Peter-Berlin, Kabela-Ruhland, Eder-Berlin u. a. Die Fahrer horten im Hintergrunde der Bühne auf Notationsapparaten, deren Konstruktion es ihnen ermöglicht, ihre ganze Leistungsfähigkeit wie auf dem Flachboden zu entfalten. Die Zahl der Umdrehungen wird durch eine besondere Vorrichtung registriert und durch bewegliche Figuren dem Publikum der Stand der einzelnen Rennen genau angezeigt. Interesse erregt auch ein gelehriger Hund. Wils stellt zwei- und dreifellige Zahlen zusammen und addiert dieselben auf Zuruf seines Herrn, der sich im Publikum befindet.

Im Ballhaus Variété-Theater produziert sich Herr Diet als ein vorwiegend Kabarett. Seine halbbrecherischen Produktionen, u. a. sein Saltomortale über eine mit Personen besetzte Drohsche, haben zwar mit Kunst nichts zu tun, bringen aber das Publikum in höchste Ekstase. Im übrigen reicht das Programm diesmal nicht über das Mittelmaß hinaus.

Im Wintergarten wurde am Dienstag das Januarprogramm vorgeführt. Es brachte die stehenden Nummern des Variété: Gesang und Tanz, Gymnastik, ein Stück Zirkus, die barockste Pantomime, halbbrecherische Radfahrstücke und wohl lebende aber immer noch farblose Bilder des Biographen, der sich diesmal einen Saltomortale des Byzantinismus leistete, indem er die Schöne des Kronprinzessin beim Spiel zeigte. (Warum nicht auch die Winkeln?) Neu war an dieser Stelle Diga Des mond, die Radtänzerin der polizeilich entschlossenen Schöneheitsabende, die in Schleiern und Hüllen barbeling tanzte. Der internationale Vortragskünstler Fragson betrieu ausdrucksvolles Nienenspiel und Jungengaloppiererei, aber sein Repertoire lieh uns kalt. Sehr hübsche farbige Bilder boten die 12 englischen Sonnenscheinmädchen in ihren Tänzen. Vortrefflich war der Jockey-Ritt, aufgelassen und an neuen Tricks reich die Amerikanische Pantomime. Die halbbrecherische Radfahrerei auf dem Drahtseil erregte nur Nervenanspannung, wie denn schwierige und gefährliche Sachen noch lange nicht die lebendwertesten sind. Aber die Konkurrenz führt zu immer stärkeren Ueberreizungen.

Das Polizeipräsidentium teilt mit: Am 2. Januar früh wurde in der Türnische des Hauses Ryspauer Straße 3 eine unbekannt, anscheinend dem Arbeiterstande angehörende, circa 50 Jahre alte Frauensperson tot aufgefunden und nach dem Leichenschauhause geschafft. Bei der Leiche befanden sich vier Schlüssel. Welleidet war dieselbe mit braun- und schwarzgrünlicher Taile, dunkelbraunem Hod und schwarzgrünem Kopftuch, braunen Strampfen und schwarzen Schnürstiefeln, weißes Hemd ohne Zeichen, ein rosa und ein blauer Unterkost, rot und weiß geblumter Unterjocke und blauer Schürze. Personen, die Angaben machen können, wollen sich im 1. Polizeipräsidentium, Zimmer 823, melden.

Am 31. Dezember 1908 ist in Prignitz in einer Feldscheune die Leiche eines anscheinend ertrunkenen, unbekanntes Mannes aufgefunden worden. Der Unbekannte ist etwa 50 Jahre alt, 1,60 Meter groß, hat dünnes hellblondes Haar und ebensolchen Schnurr- und Stinnsbart und war dem Aussehen nach ein Landarbeiter. Welleidet war er mit Lederstiefeln, schwarzgrünem Jockelangus, blauem Leberzieher und grünem weichen Filzhat. Personen, die über die Persönlichkeit des Unbekannten irgend welche Auskunft geben können, werden gebeten, ihre Wahrnehmungen der Kriminalpolizei oder einem Polizeivertreter mündlich oder schriftlich zu den Akten 28. 4. 40. 00. mitzuteilen.

Am 4. 11. 1908 sind einem auf der Durchreise befindlichen Arbeiter von zwei Wauenzüglern seine ganzen Habseligkeiten mit Legitimationspapieren, darunter eine Quittungsfarie der Alters- und Invaliditätsversicherung auf den Namen Robert Schulz, abge-

